ver.di GBP / ver.di IMK - Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Sommerschule

Im „Bunten Haus“, Bielefeld

Generalthema
Mehrfachkrise: Modell ökonomisch- soziale Nachhaltigkeit intensivieren!
Schwerpunkt Rolle nachhaltiger Finanz- und Geldpolitik

Teil I Schwerpunktthema Geldpolitik

Montag, den 21. 9. 2026 / Dienstag, den 22 9. 2026

Prof. Dr. Rudolf Hickel
Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe)

Verlust internationaler Wettbewerbs-fähigkeit

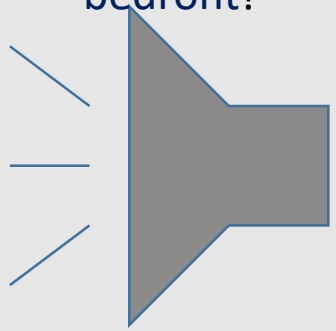
Deutschland in der Mehrfachkrise:
Exogene und endogen bedingt

Transformation zu nachhaltigem Wohlstandsmodells

Digitalisie-rung / Künstliche Intelligenz

Demografie +Arbeits-kräftemangel +Zuwandern

Demokratisch-politische Basis durch Rechtsradikalismus bedroht!



KRISE DER DEMOKRATISCHEN PARTEIEN

Krise Globalisierung
Anfälligkeit weltweiter Lieferketten

Energiekrise (Öl, Gas.): Fossile Abhängigkeit

Klimakrise: sozial-ökologische Transformation

Protektionismus: „Nation First…“
Disruption, Zölle;
Dumping:
Beispiel Stahl

Geostrategische Machtver-schiebungen (Krieg: Ukraine / Iran-Huthi-Milizen

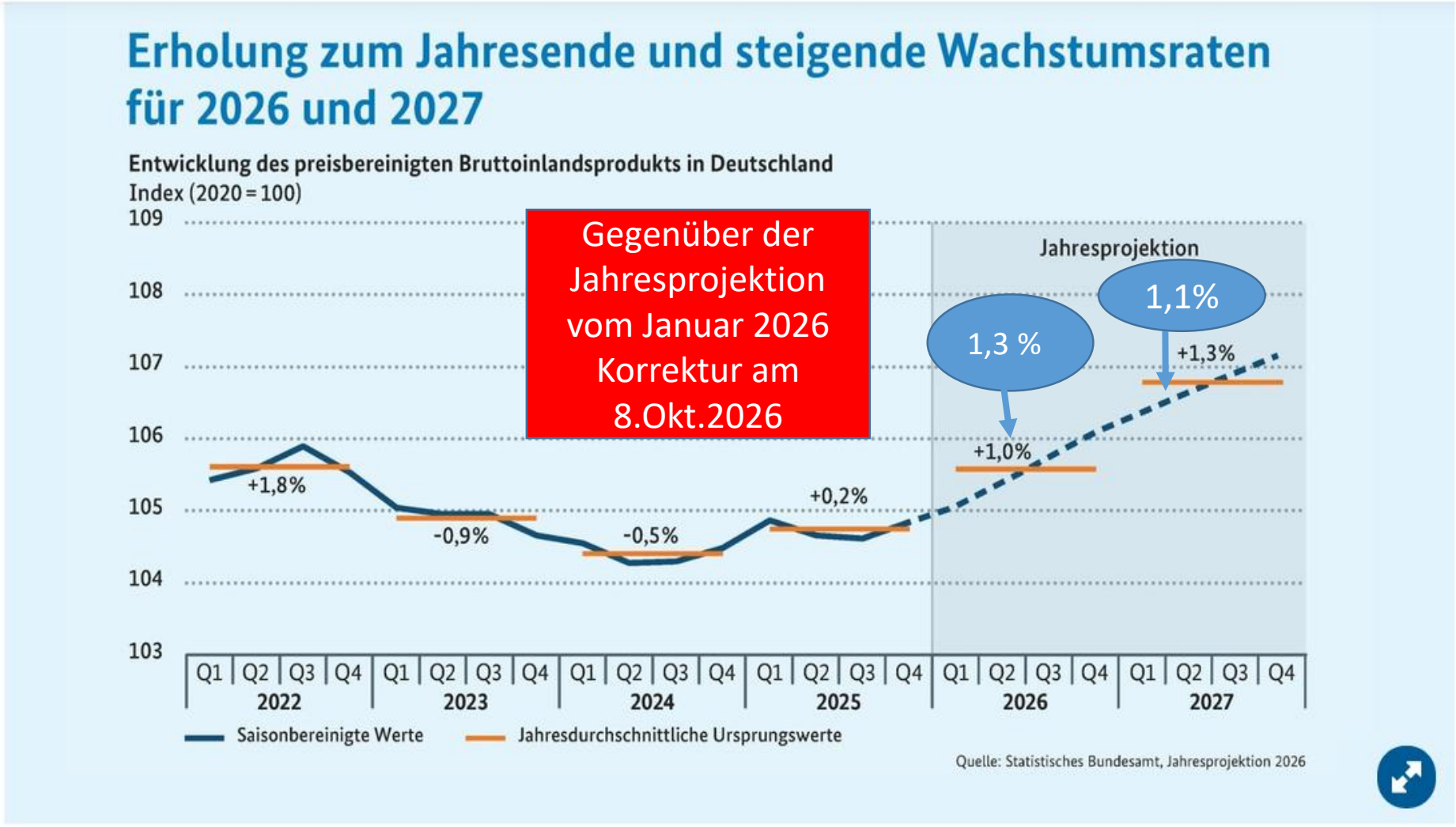
Einleitung: Mehrfachkrise
WiWachstum
Beschäftigung
Inflation

Themenschwer-punkt I
Finanzpolitik
Staatsaufgaben / Finanzierung:
Steuern/ Schulden

Themenschwer-punkt II
Megaaufgabe:
Nachhaltiges Wirtschaftssystem

„Biest“ Inflation: Einordnung in die allgemeine wirtschaftliche Lage

Wirtschaftswachstum Deutschlands - Aus der Schrumpfung zur leichten Erholung mit hohen Risiken



Wirtschaftswachstum
2026: 1,3% /2027: 1,1%

Privater Konsum: schwach
2026: 0,3% / 2027: 0,4%

Anlageinvestitionen: steigt
2026: 1,6% / 2027: 4,2%

Exporte: steigen EU-Raum
2026: 3,7% / 2027: 2,2%

Arbeitslosigkeit (-Quote):
2026: 6,4% /2027:6,2%
Beschäftigungsabbau!

Inflationsrate: Gefahrenzone
2026: 2,8% / 2027: 3,2%

Deutsche Wirtschaft wächst, aber nicht aus eigener Kraft – Weltwirtschaft bleibt auf Kurs

Zitat: aus DIW- Wochenbericht 36/26

+ Deutsche Wirtschaft präsentiert sich widerstandsfähiger als noch im Frühsommer erwartet, vor allem dank unerwartet **starker Exporte und expansiver Finanzpolitik**

+ DIW Berlin hebt Konjunkturprognose deutlich an und rechnet mit **Wachstum von 1,2 Prozent** in diesem, 1,0 Prozent im nächsten und 0,7 Prozent im übernächsten Jahr

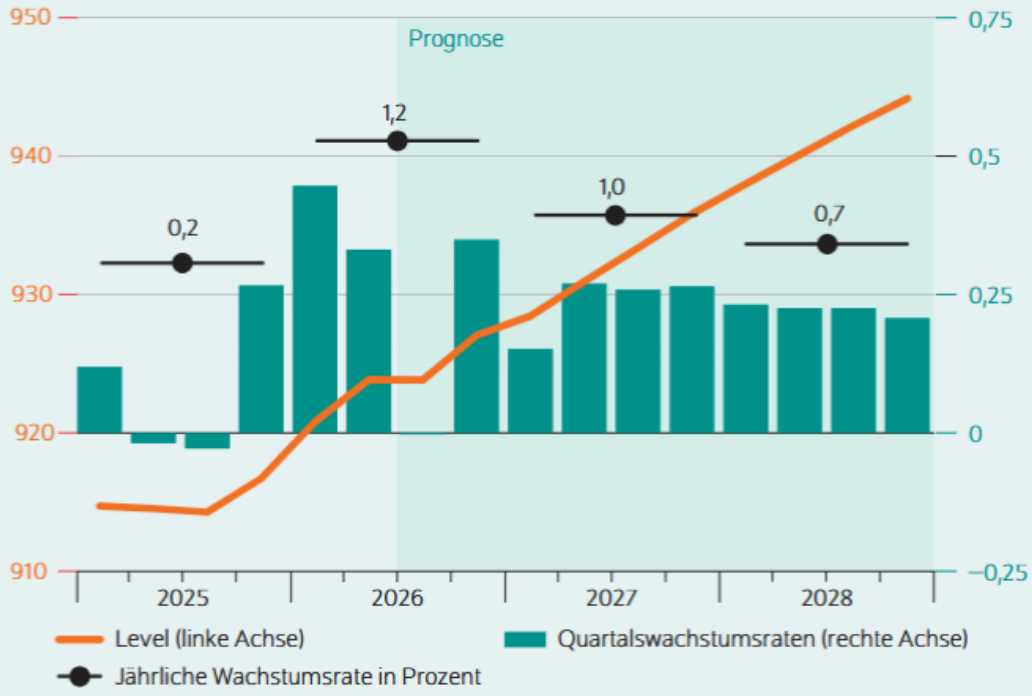
+ Erholung steht aber auf **wackligen Beinen**: Hohe ***Gaspreise, Niedrigwasser und strukturelle Schwächen*** bremsen die Konjunktur im zweiten Halbjahr

+ Zudem **drohen Rückschläge**, falls die Straße von Hormus länger geschlossen bleiben sollte oder der Investitionsboom bei Künstlicher Intelligenz abrupt endet

+ **Weltwirtschaft dürfte 2026 und 2027 um jeweils 3,2** Prozent wachsen, 2028 dann sogar um 3,4 Prozent.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland
In Milliarden Euro (linke Achse) beziehungsweise in Prozent zum Vorquartal (rechte Achse)



Anmerkung: Prognose ab dem dritten Quartal 2026, preis-, saison- und kalenderbereinigt.

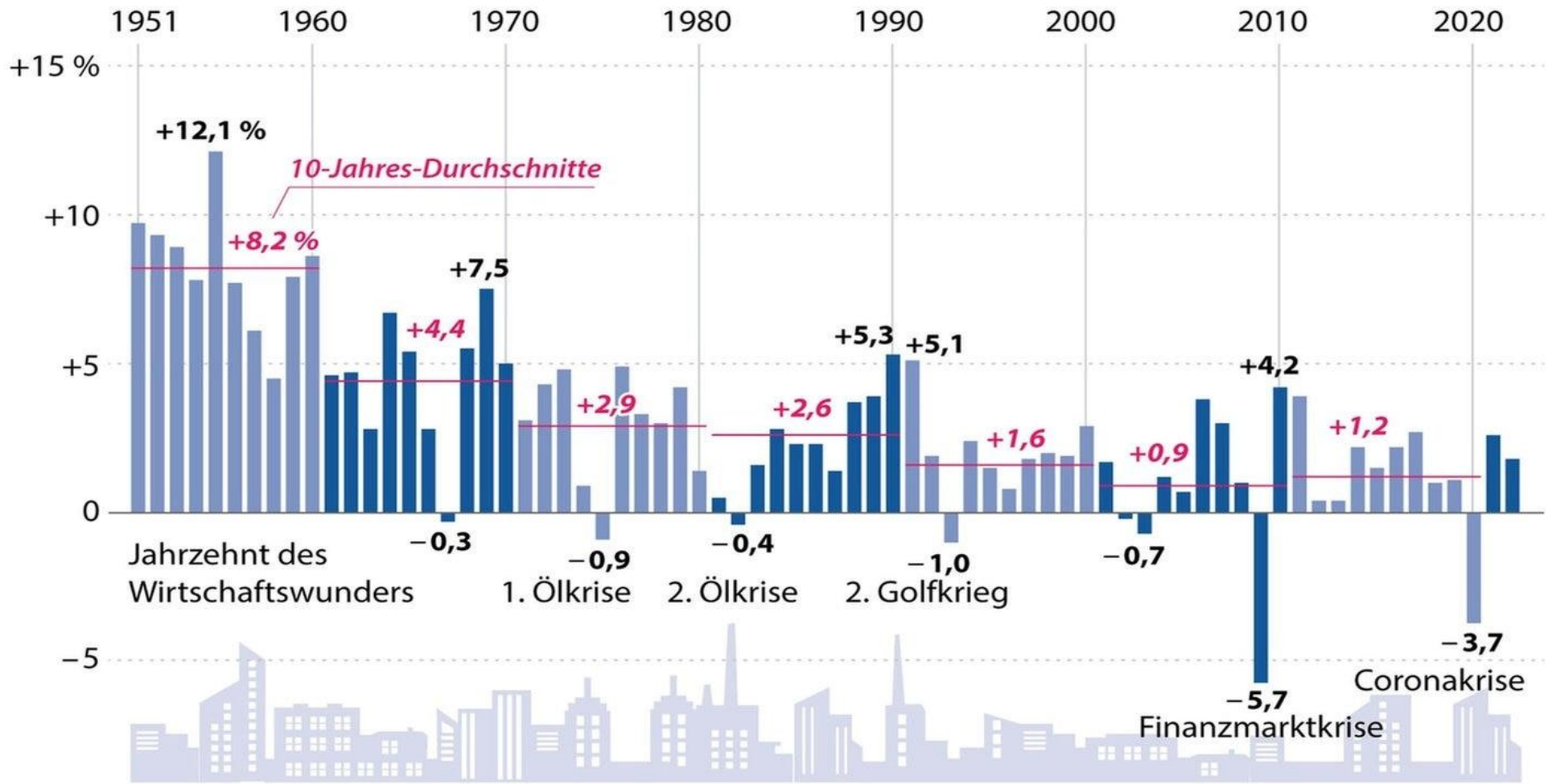
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW-Konjunkturprognose Herbst 2026.

CC BY 4.0

Die deutsche Wirtschaft dürfte in diesem und im kommenden Jahr stärker wachsen als noch im Sommer gedacht.

Deutschlands Wirtschaftswachstum

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts* jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent



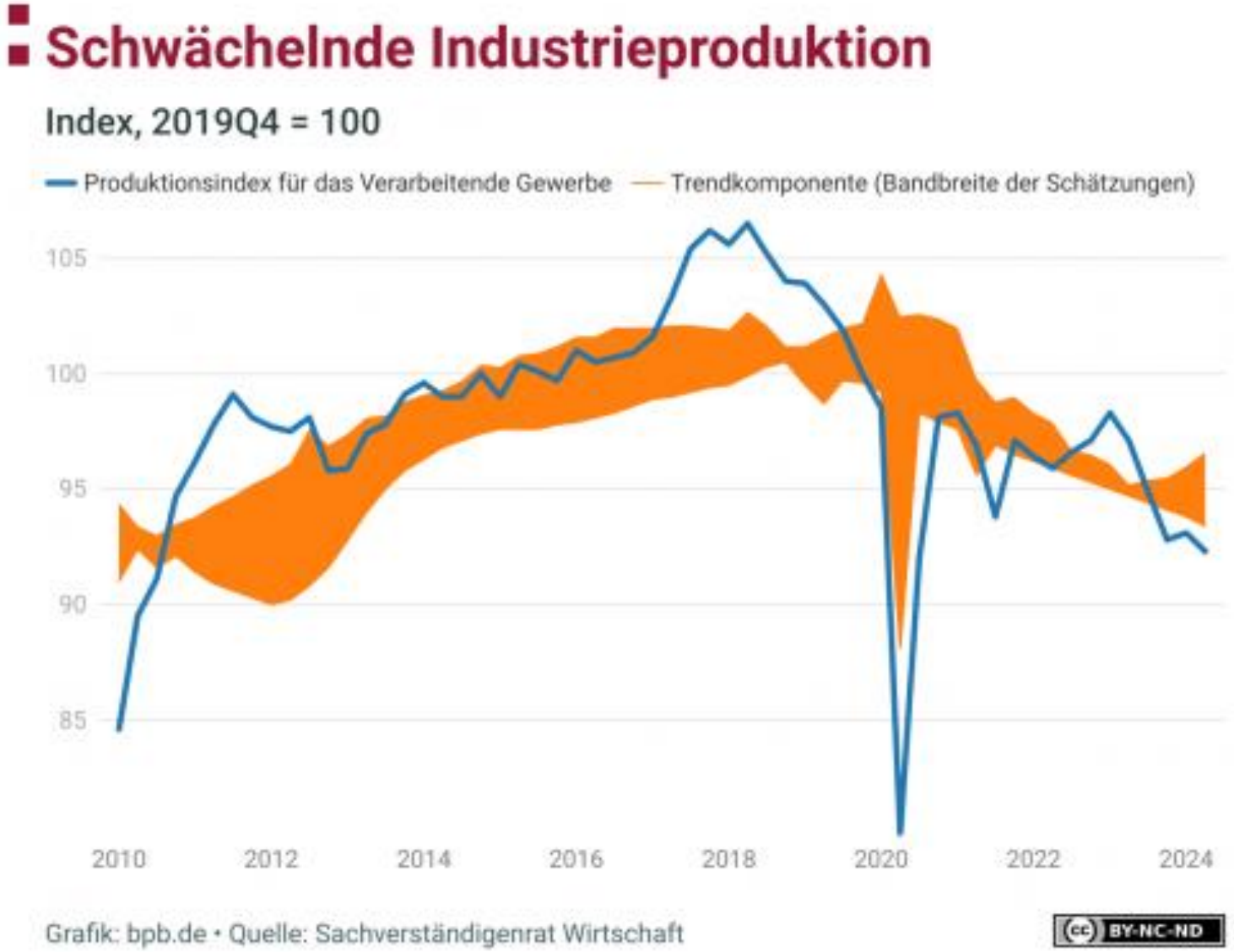
016172 **Globus**

Der 2. Golfkrieg (1990–1991) führte zu einem weltweiten Wirtschaftsabschwung. In Deutschland kam er durch die Wiedervereinigung verzögert an.

*preisbereinigt

Quelle: Statistisches Bundesamt

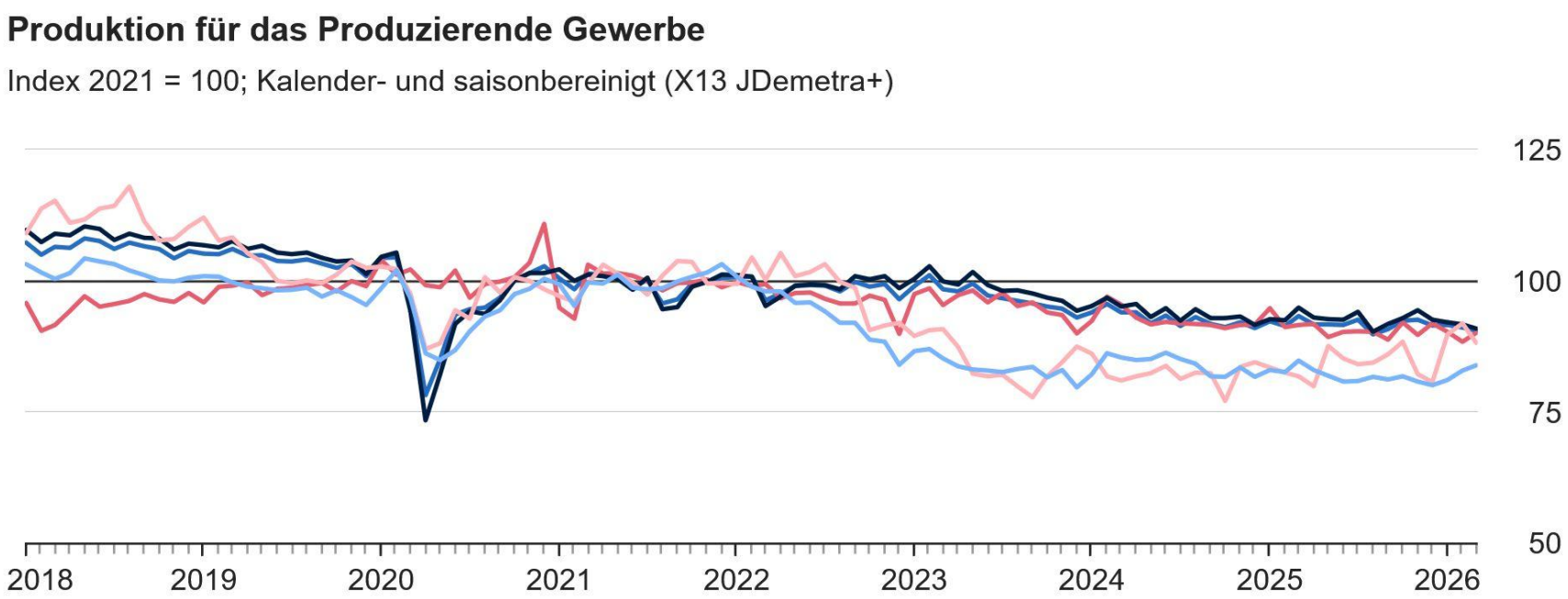
Kern der wirtschaftlichen Wachstumsstagnation: Deindustrialisierung? Umbruch weg von der fossilen hin zur nachhaltigen Industrialisierung



Konjunkturübergreifender Rückgang der industriellen Produktion!

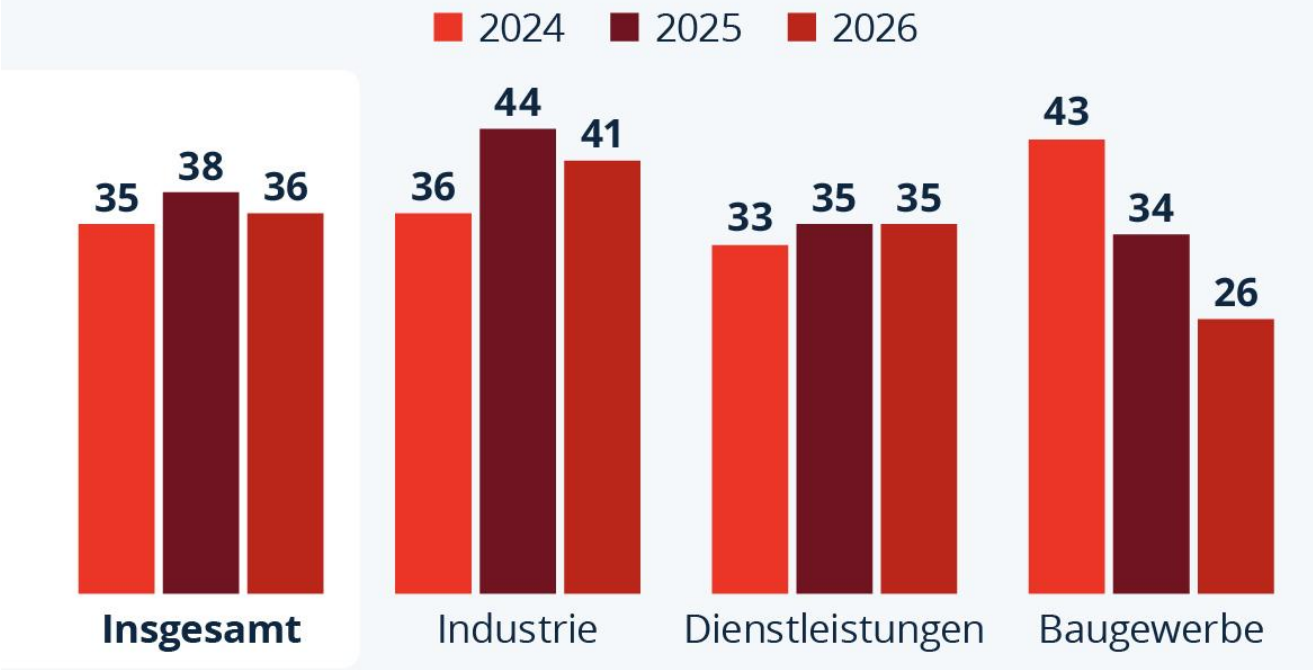
Die beiden wichtigsten Ursachen:

Internationaler Wettbewerb (China) + Krise der fossilen Produktionswirtschaft



Wirtschaft rechnet auch 2026 mit Beschäftigungsabbau

Anteil der Unternehmen, die für das jew. Jahr eine Abnahme bei ihrer Beschäftigung erwartet haben/erwarten (in %)



Basis: 1.915 - 2.216 Unternehmen in Deutschland;
Befragung jeweils im Oktober oder November des Vorjahres

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

statista

2026 Aussichten nach einer aktuellen [Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft](#) (IW) schlecht!

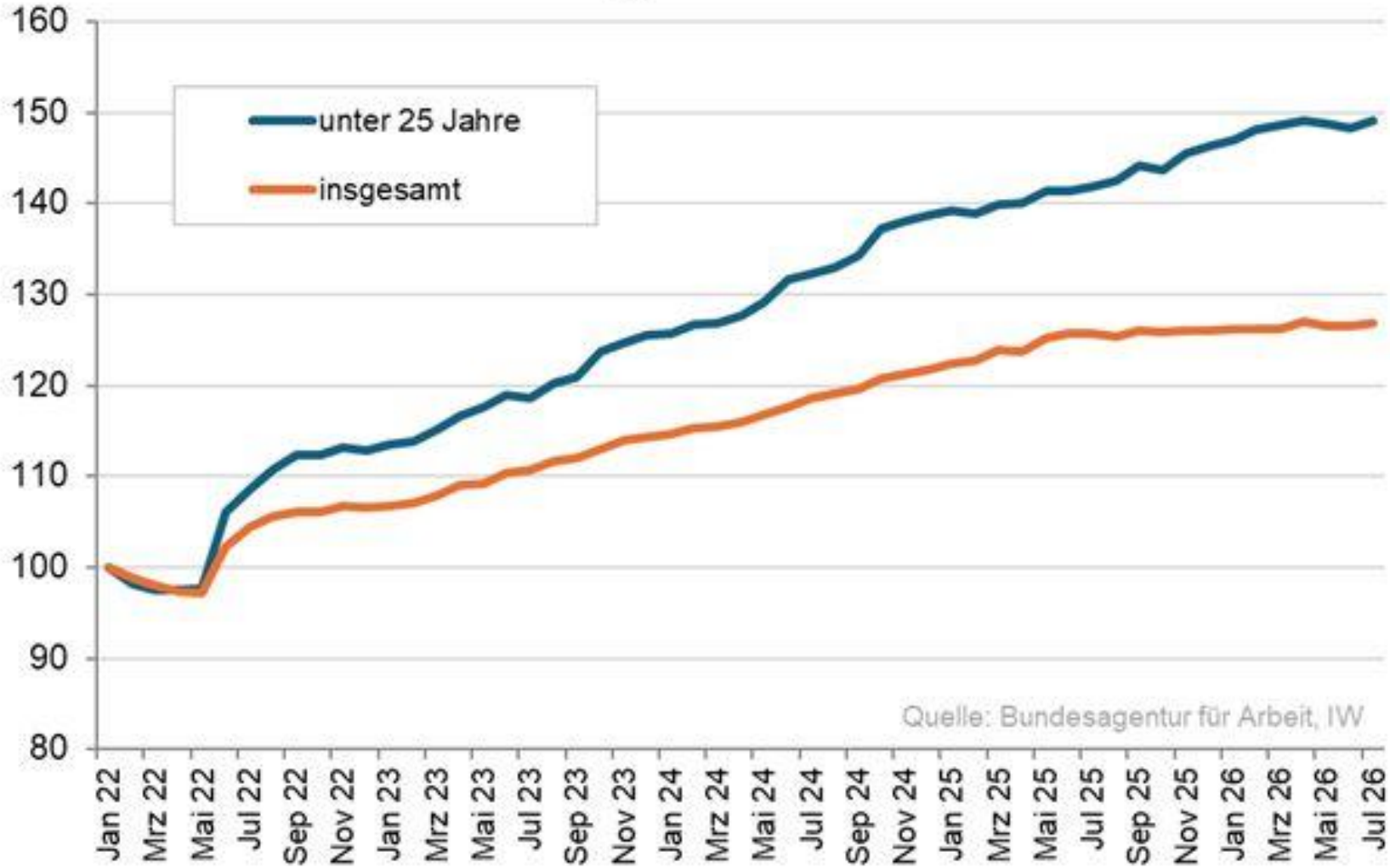
* Mehr als ein Drittel (36 Prozent) aller befragten Unternehmen planen Stellenabbau.

*Nur 18 Prozent bauen Stellen aus.
* Besonders schlechte Aussichten in der Industrie.

Ursachen laut Befragung der Unternehmen:
* geopolitische Risiken
* "hausgemachte Standortprobleme: Kosten für Energie, Sozialversicherungen und Bürokratie.

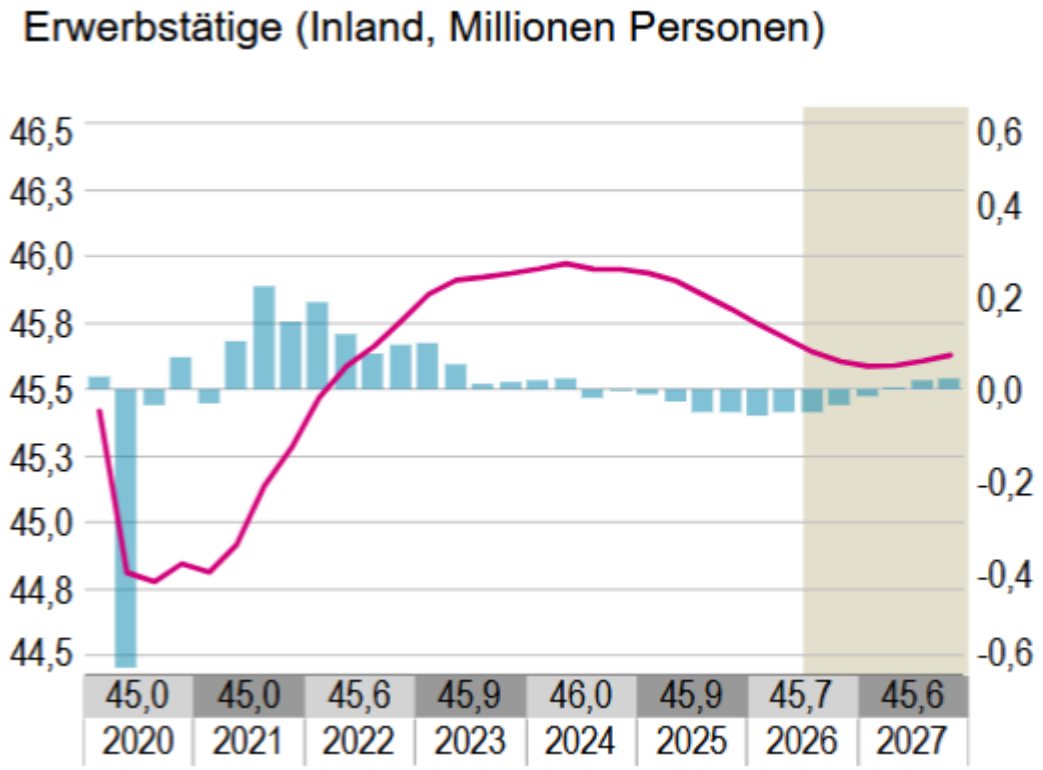
Arbeitslose

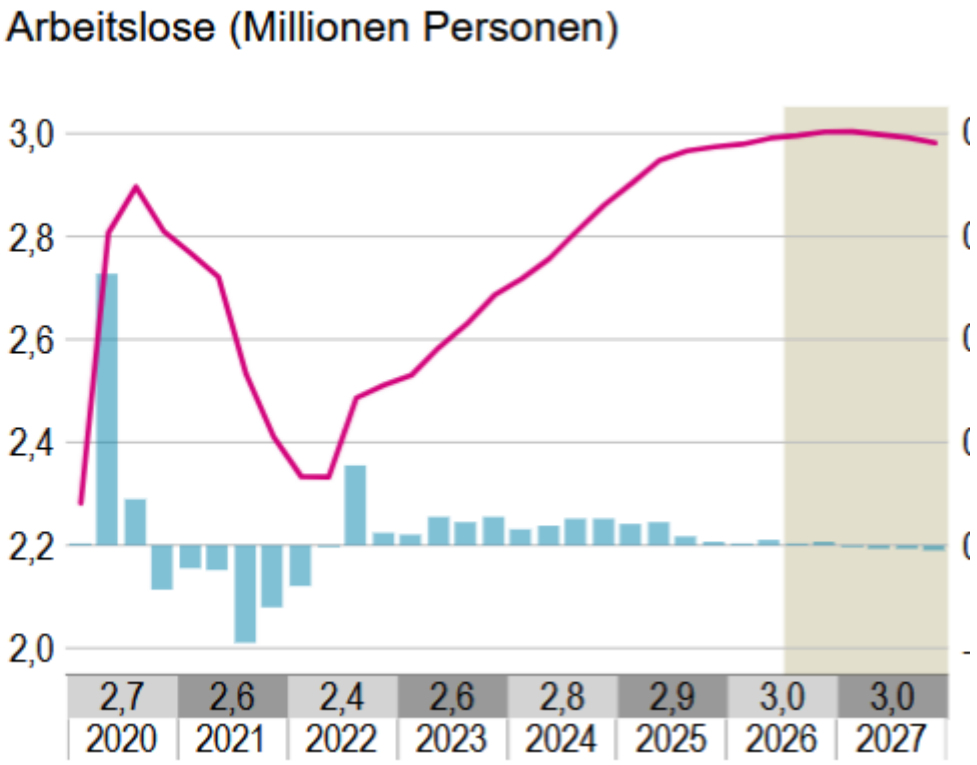
saisonbereinigt, Index Jan 2022 = 100

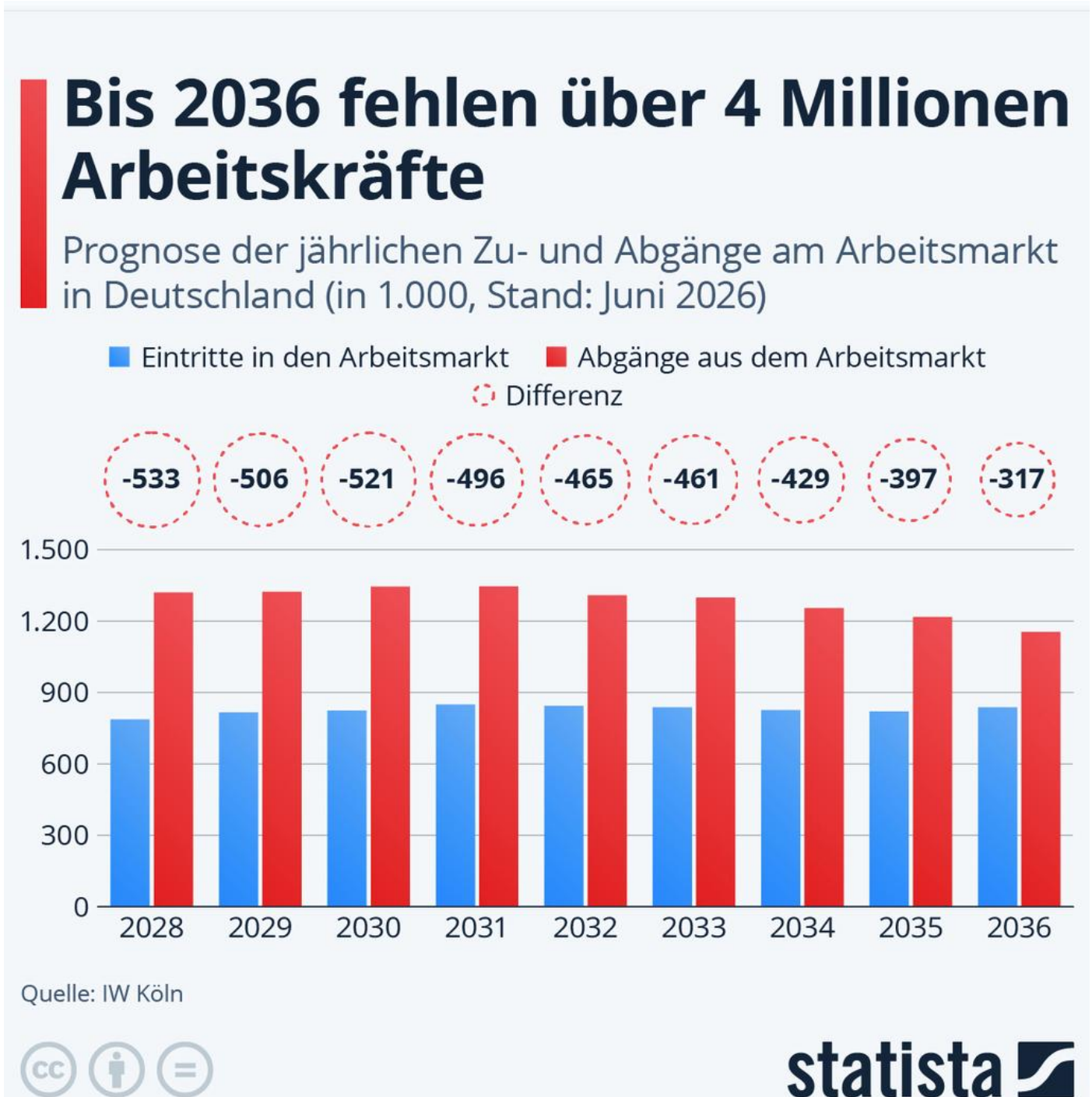


PROGNOSE DER ZAHL DER ERWERBSTÄTIGEN UND REGISTRIERTE ARBEITSPLÄTZE BIS 2027

Aus der: IMK-Report Nr. 203 vom September 2026:
ERHOLUNG TROTZT ENERGIEPREISSCHOCKS –Prognose der der wirtschaftlichen Entwicklung 2026/2027





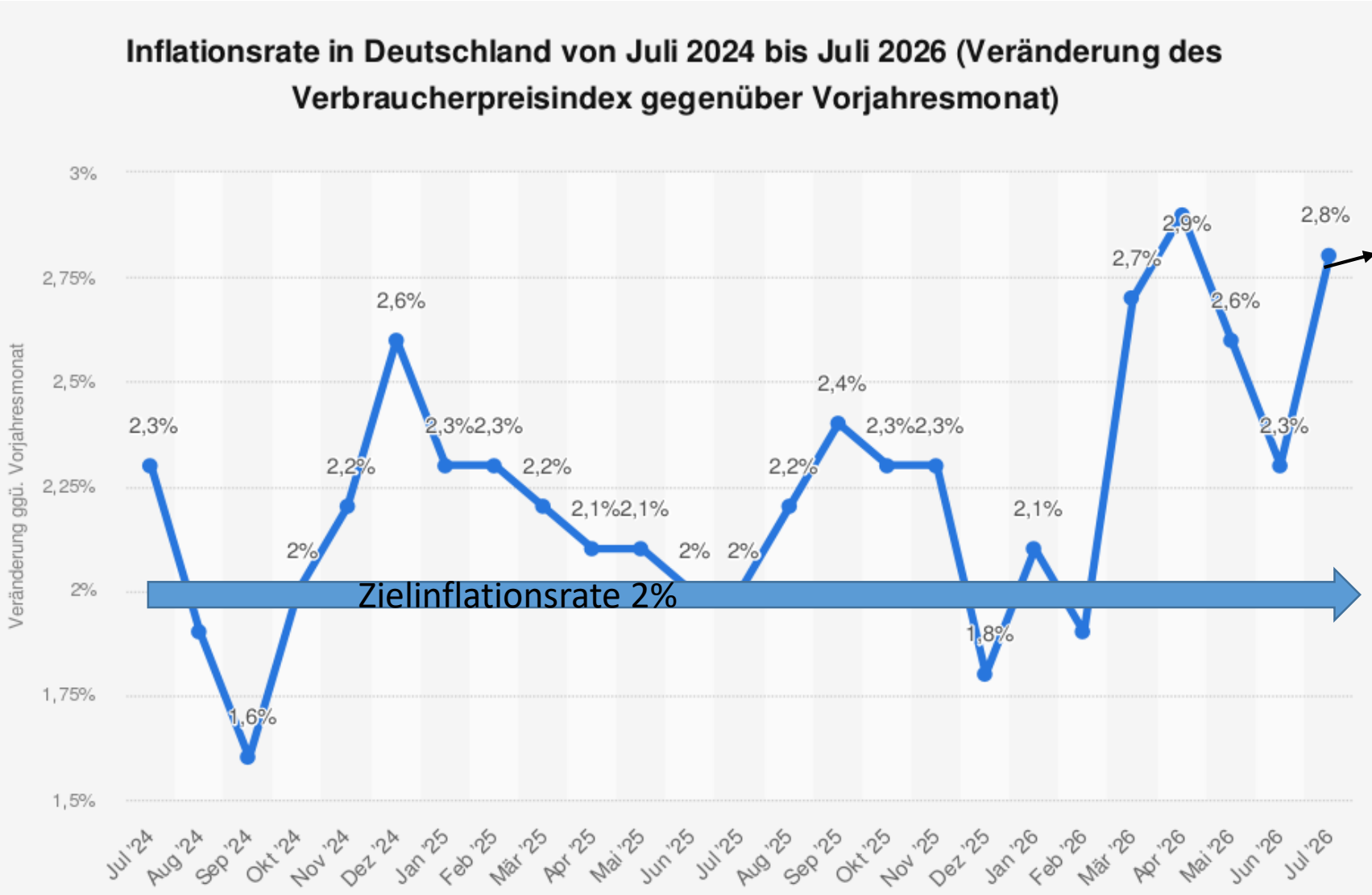


Beispiel 2025:
Zugänge: 787.048
Abgänge: 1 323.064

Arbeitsmarkt schrumpft um 533.015

Folge des demografischen Wandels!
Geburtenstarke Jahrgänge der Babyboomer scheiden sukzessive aus.

Inflationsrate (VPI) in Deutschland am aktuellen Rand



Quelle
Statistisches Bundesamt
© Statista 2026

Weitere Informationen:
Deutschland; Basisjahr 2020 = 100

Vorläufig
Sept. 26
3,3%
Aug.26: 2,8%

Euroraum /EZB)
Sept 26: 3,8%
Aug. 26: 3,2%

Welche Triebkraft innerhalb der Verbraucherpreise wirkt?

WIE WIRD INFLATION GEMESSEN?
* Verbraucherpreisindex
* Harmonisierter
* Verbraucherpreisindex (EU)

URSACHEN DER INFLATION
Exogene und endogene Ursachen:
* Importierte Inflation:
vor allem Energieimporte
Trump-Chaos (Zölle)
* Rolle Lohnpolitik
* Rolle der Finanzpolitik
* Rolle der Geldpolitik

MANGEL AN FUNKTIONSFÄHIGEM WETTBEWERB
Realität: Monopolistische Preissetzungsmacht (internationale Konzerne)

Inflationsbegriffe:
*Allgemeine Inflationsrate
*Kerninflationsrate (ohne) Nahrungsmittel + Energie)
* Gefühlte Inflation
* Zielinflationsrate

Bekämpfung der Inflation

GELDPOLITIK IM EURORAUM (EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, EZB):Währungsstabilität
* Geldpolitische Instrumente
* Macht und/oder Ohnmacht der EZB

INFLATION: WAS IST DAS?
-Kaufkraft (Real gegenüber Normal (1/P)
-Lebenshaltungskosten

Deflation ?

Inflation sozial ungerecht?

Inflation und ökologischer Umbau

ROLLE DER BANKEN:
Erfüllungsgehilfen:
über Kredit- und Einlagezinsen
* Rolle Zinsspanne
Wie hoch sind Zinsen für Termin und Tagesgeld?

Straßenkämpfe wegen steigender Preise Lebensmittel / Mieten / Energie!!!

Was misst die ausgewiesene Inflationsrate (VPI)?

Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (etwa Nahrungsmittel, Mieten, Strom, Kraftstoffe und Friseurdienstleistungen)! Waren gehen gebündelt gewichtet in den Warenkorb ein (multipliziert mi den Preisen).
Die Basis zur Berechnung des VPI ist ein Warenkorb („Market Basket oder Commodity Bundle“):
Repräsentative Erfassung von Gütern und Dienstleistungen, die den Konsum privater Haushalte eines bestimmten Jahres zusammenfassen. Derzeit gehen ein: ca. 300 000 Einzelpreise in Handels- und Dienstleistungsunternehmen für insgesamt 700 gewichteten Warenarten; in zwölf Hauptgruppen gegliedert.

Erstmals ist am 22. 2. 2023 für den Berichtsmonat Januar 2023 die Umstellung der Basis von 2015 auf 2020 mitgeteilt worden:
Nach 2015 gilt derzeit Warenkorb für 2020 (wegen Corona-Ausnahmejahr 2020: Durchschnitt 2019 bis 2021!
Auf der Basis umfangreicher Datenerhebungen einschließlich von Preisbeobachtern ist das Wägungsschema für 2022 ermittelt worden. Die Preiserhebungen erfolgten im Internet / vor Ort / in Datenbanken oder per Datenkauf / Sonstige Preiserhebung (z.B. Onlinemeldung).

Unterschied 2015/2010: 2015 neu aufgenommen in den Korb gegenüber 2010 beispielsweise: **Music-Stream / E-Book-Reader (Digitalisierung), höhere Ausgaben für Zahnreparatur (Demografie).**
Unterschied 2020/2015: 2020 neu aufgenommen u.a. **Smartwatches, Fitnesstracker, Geh- und Alltagshilfen**.

Achtung: **Bei der Messung des Preisindexes werden Qualitätsverbesserungen / Leistungssteigerungen nicht erfasst. Die erfasst, „richtige "Inflationsrate eher höher. Deshalb: „hedonische“ Bewertungsmethode anwenden.**
Unterscheidet ein Objekt nach seinen intrinsischen (inneren) und extrinsischen (äußeren) Werten.

Neuer Warenkorb

Neue Waren:

Beispielsweise

* Smatwatches
* Fitnesstracker
* Geh- und Alltagshilfen

Inflationsrate mit Warenkorb von 2022 niedriger als mit dem 2015:

2022: VPI-Rate

alt: 7,9 %

neu: 6,9%

Ursache für Gewichtsveränderung:

Bei andauernd steigenden Preisen für eine Warengruppe ab 2015

Fall 1: Mengeneffekt

Ausweichmöglichkeit auf höhere Preise

Nachfrage geht zurück; Gewicht im Warenkorb sinkt. Beispiel:

Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe

von 32,5% 2015

auf 25,9% 2022

Fall 2: Preiseffekt

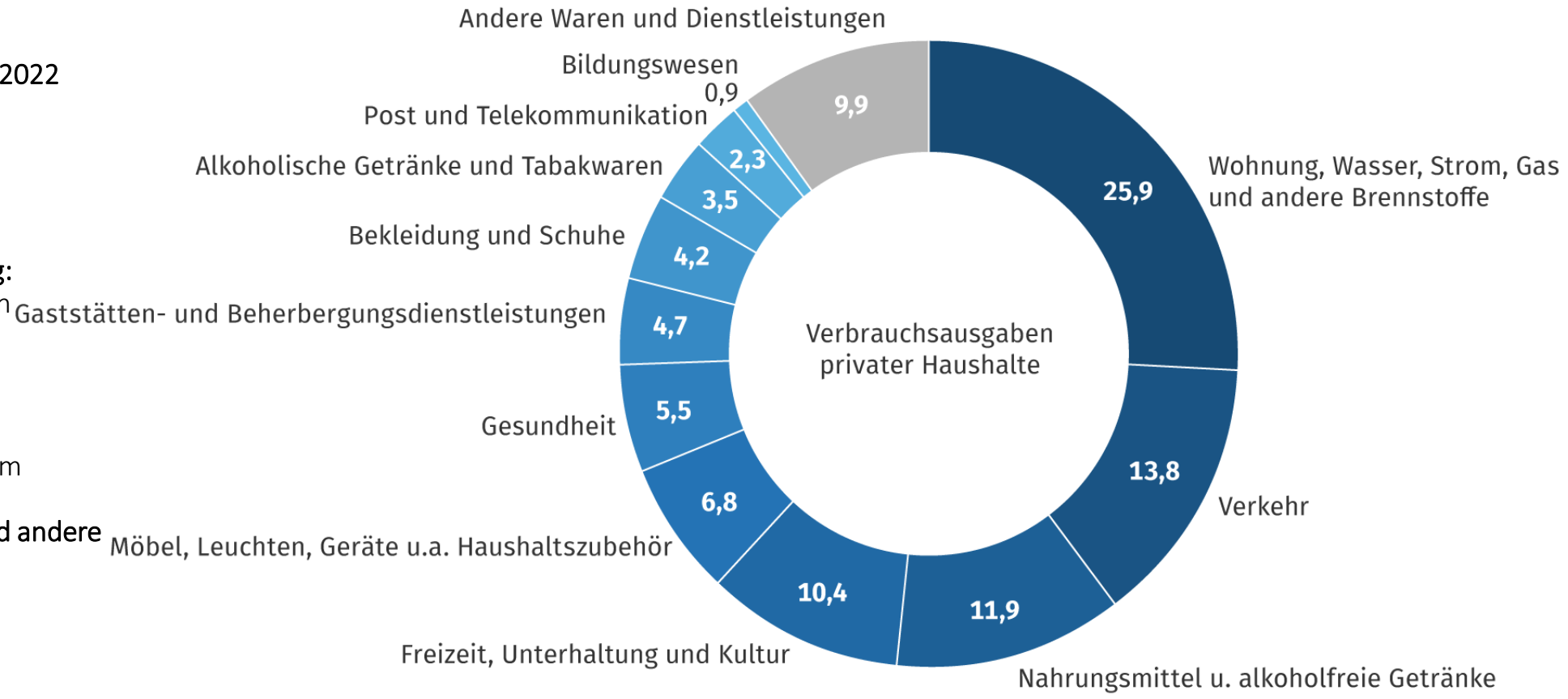
Keine Ausweichmöglichkeit auf höhere Preise

Bei höherem Preis wird weiterhin nachgefragt

Gewicht für Nahrungsmittel steigt von 9,7% 2015 auf 11,9% 2020

Gewichtung im Verbraucherpreisindex

Wägungsschema zum Basisjahr 2020 in %



© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

Allgemeine Inflation und **Kerninflation:** Unterschiedliche Warenkörbe

- Allgemeine Inflationsrate Jan. 2025 (Vj): 2,3%

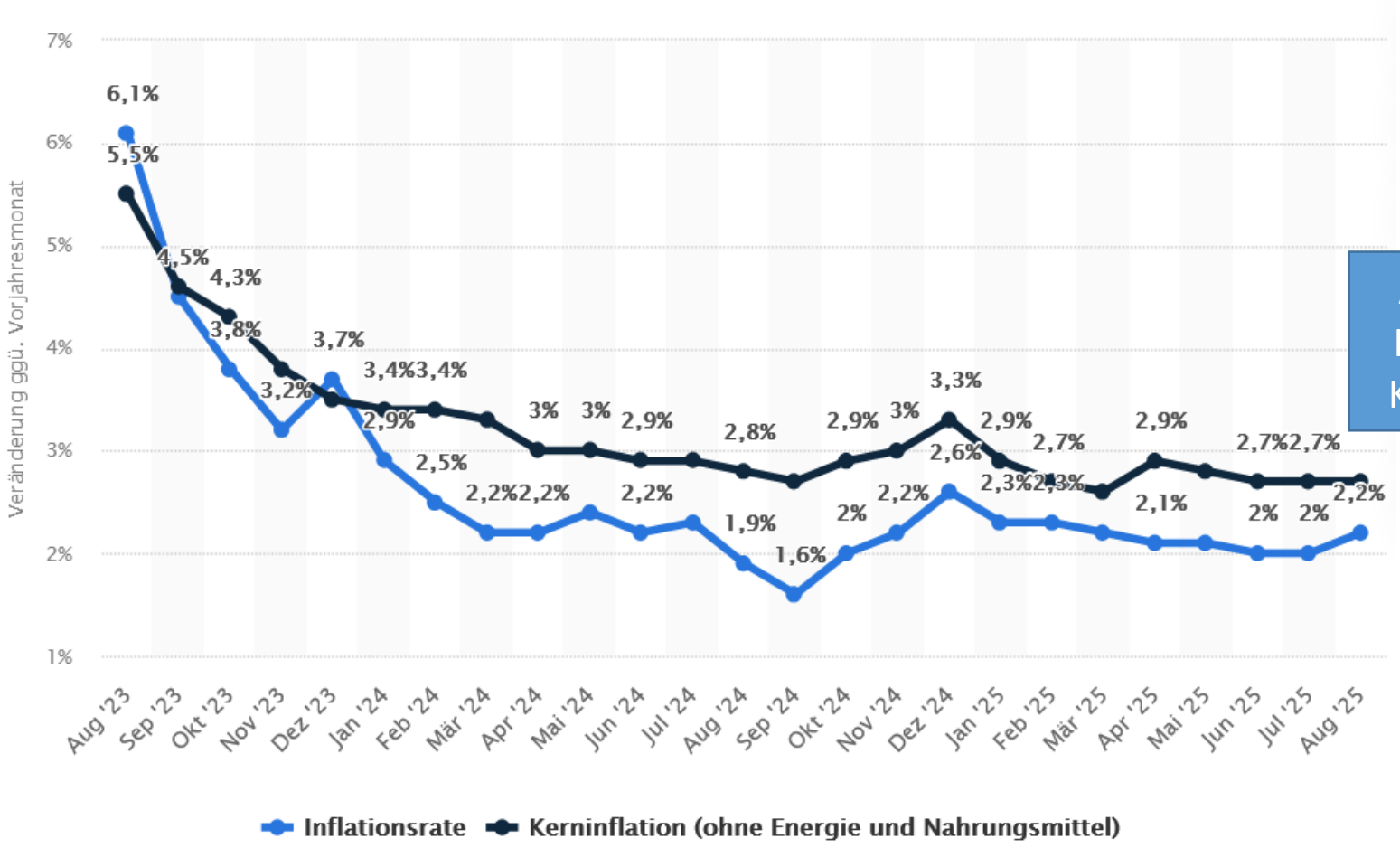
➡ **2025: 2,2%**

- Kerninflationsrate (ohne Energie + Nahrungsmittel) Jan.2025 (Vj): 2,9%

➡ **2025: 2,8 %**

Die Kerninflationsrate wird allerdings indirekt durch die Entwicklung der Energiepreise beeinflusst. Steigende Energiepreise werden auf Waren der Kerninflationsrate überwälzt.

Inflationsrate und Kerninflation in Deutschland von August 2023 bis August 2025 (Steigerung des Verbraucherpreisindex[1] gegenüber Vorjahresmonat)



August.2026:
Inflation 2.4%
Kerninfla 2,8%

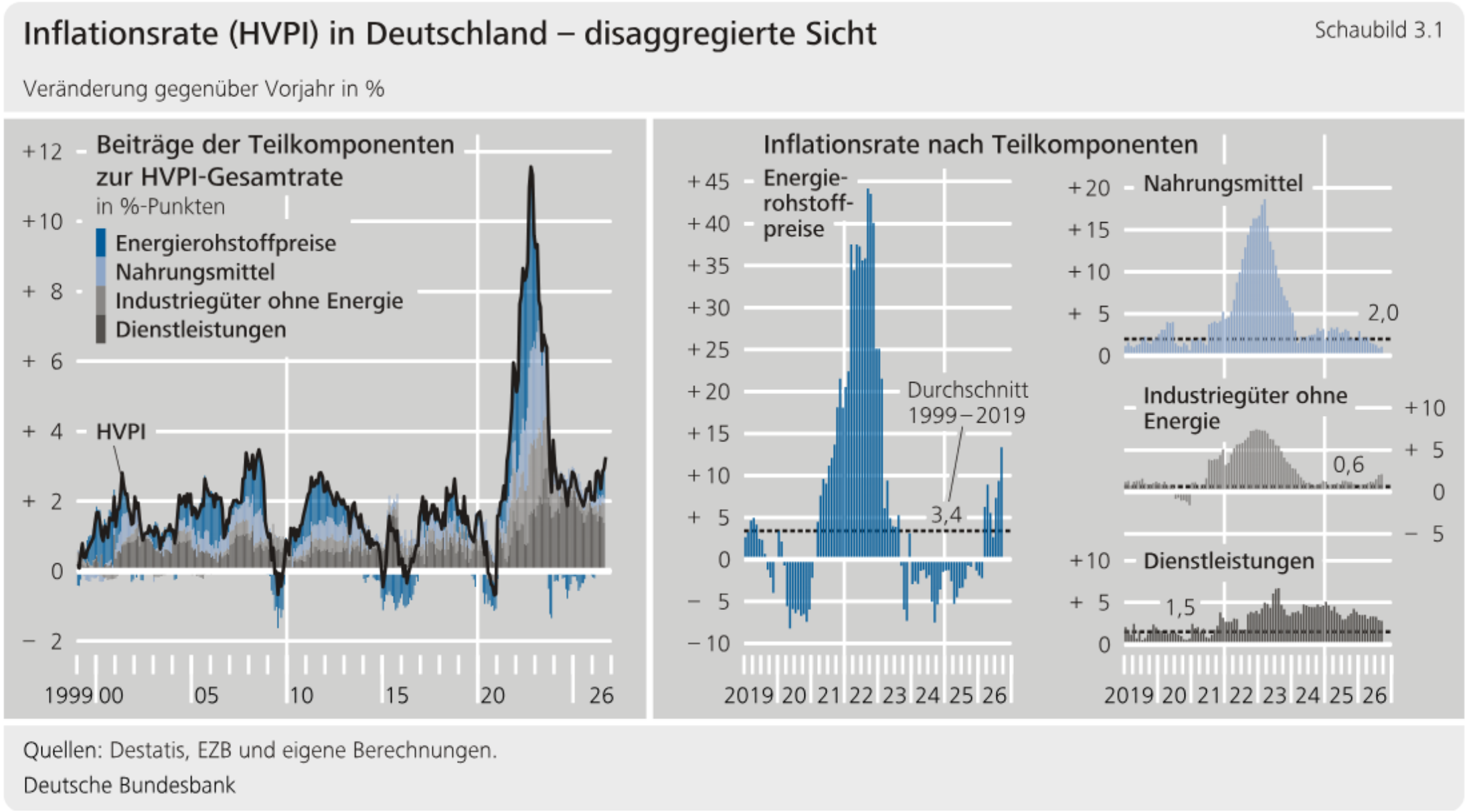
Aktueller Inflationstreiber Energiepreise:

Entwicklung der Inflationsrate:
2020 bis Sept. 2026

Im Vergleich zur Zielinflationsrate der EZB: 2%

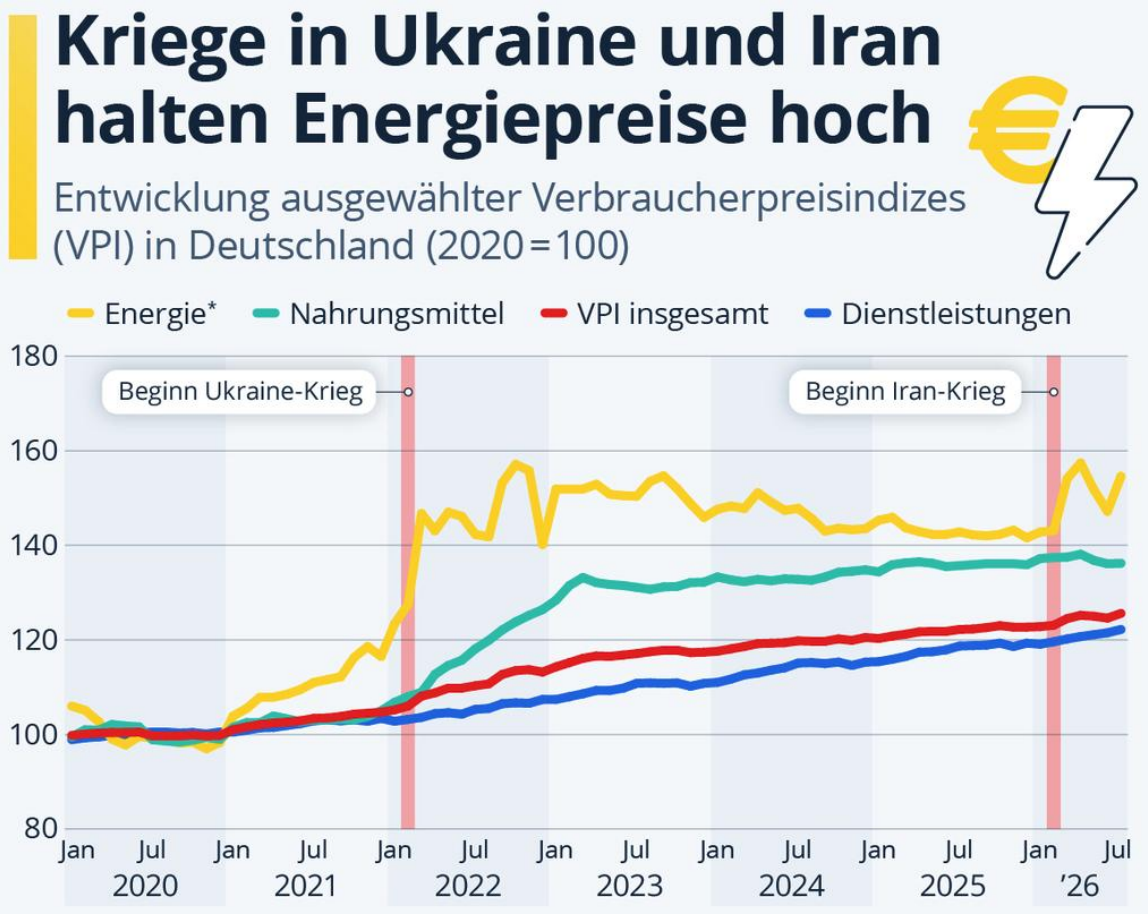
Veränderung im Vergleich zum Vorjahresmonat:

Phase der Deflation



Stärkster Einfluss auf die Inflationsrate (HVPI) gegenüber Hochinflationsphase 2022: Teilkomponente Energierohstoffpreise

entnommen Deutsche Bundesbank Monatsbericht Oktober 2026

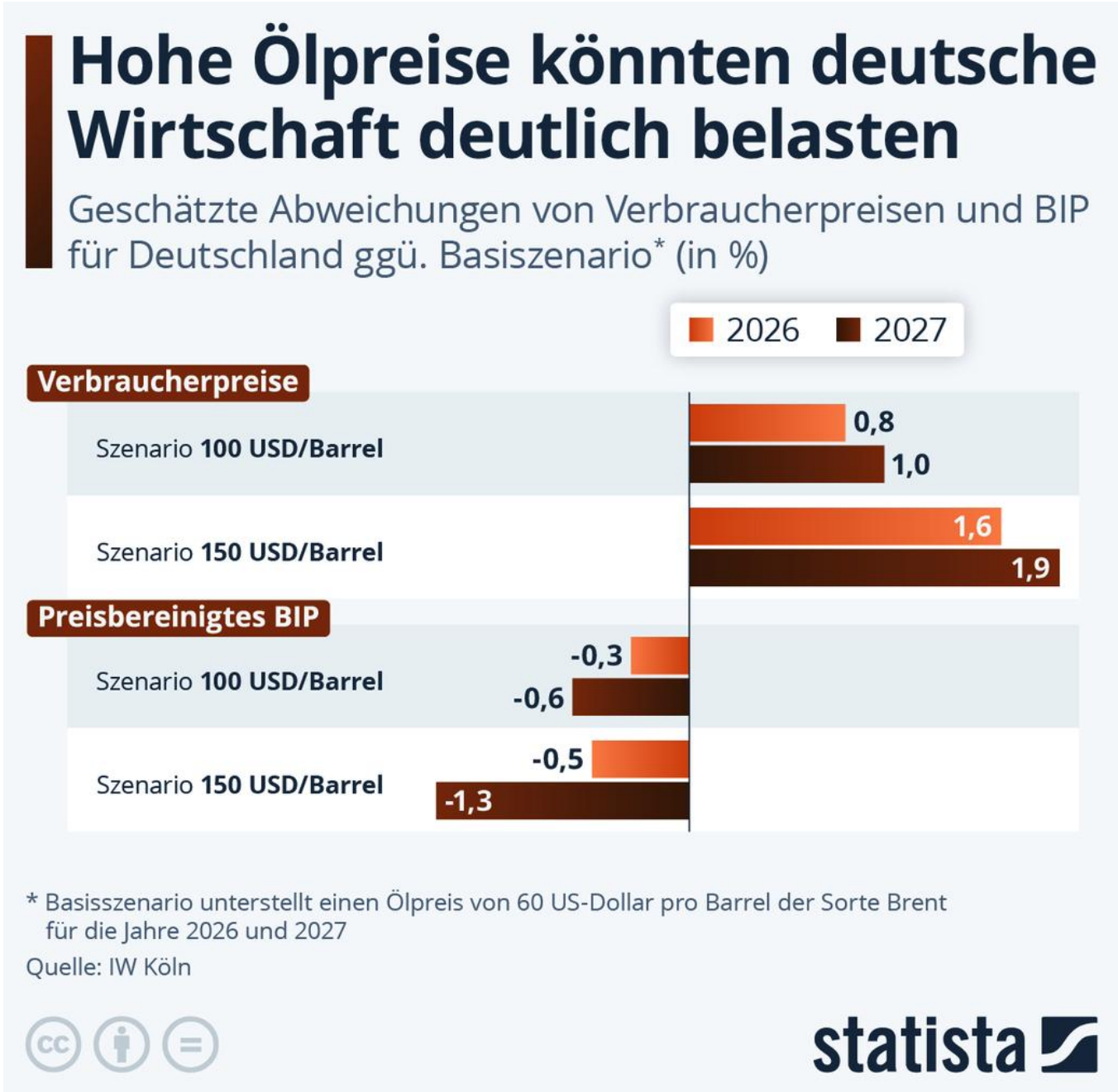


Die beiden Krieg zeigen:
Abhängigkeit von Öl und Gas macht deutsche Wirtschaft anfällig gegenüber geostrategisch, imperialen Konflikten: Russland-Annexionskrieg / Nahost-Krieg (Iran-Israel-USA)

Auswirkungen höhere Ölpreise durch den Krieg um die Straße von Hormus auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands

Szenarien:
Ölpreis: 100 USD/Barrel (159 l-Fass)
Ölpreis: 150 USD/Barrel

Auswirkungen auf:
…. Verbraucherpreise
…. Bruttoinlandsprodukt



Inflation bekämpfen – Ursachen spezifizieren: im Überblick

1. Angebotsinflation (Supply Inflation): Preiserhöhung von der Angebotsseite!
* Angebotsengpässe: Lockdowns / Lieferketten unterbrochen
* Importierte Energiepreise: steigen durch Krieg / Lieferembargo und –stopp

2. Monopolistische Preissetzungsmacht/ Unternehmensgewinne steigern Inflation
(Gewinngier: Greedflation) und Spekulationsgeschäfte / Aktuell: **monopolistischer Ölpreis**

3. Nachfrageinflation (demand pull Inflation): VORHERRSCHENDER NARRATIV: gesamtwirtschaftlich Nachfrage **>** Angebot!
Überschussnachfrage schafft Spielraum für unternehmerische Preiserhöhungen.
Behauptete Triebkräfte der Nachfrageinflation: kreditfinanzierte Staatsausgaben (auch durch Entlastungspakete) /
Arbeitskoten: Gefahr einer Preis - Lohn - Preis-Spirale.

4. Strukturelle Inflation: strukturbedingte Verschiebung wichtiger relativer Preise
* Ökologischer Umbau: CO2- Abgabe / in der Phase des Umbaus Preissteigerung durch Nachfrage nach wertvollen Rohstoffe: Greenflation
* Demografische Entwicklung: Alterung der Gesellschaft (Nachfrageveränderung)

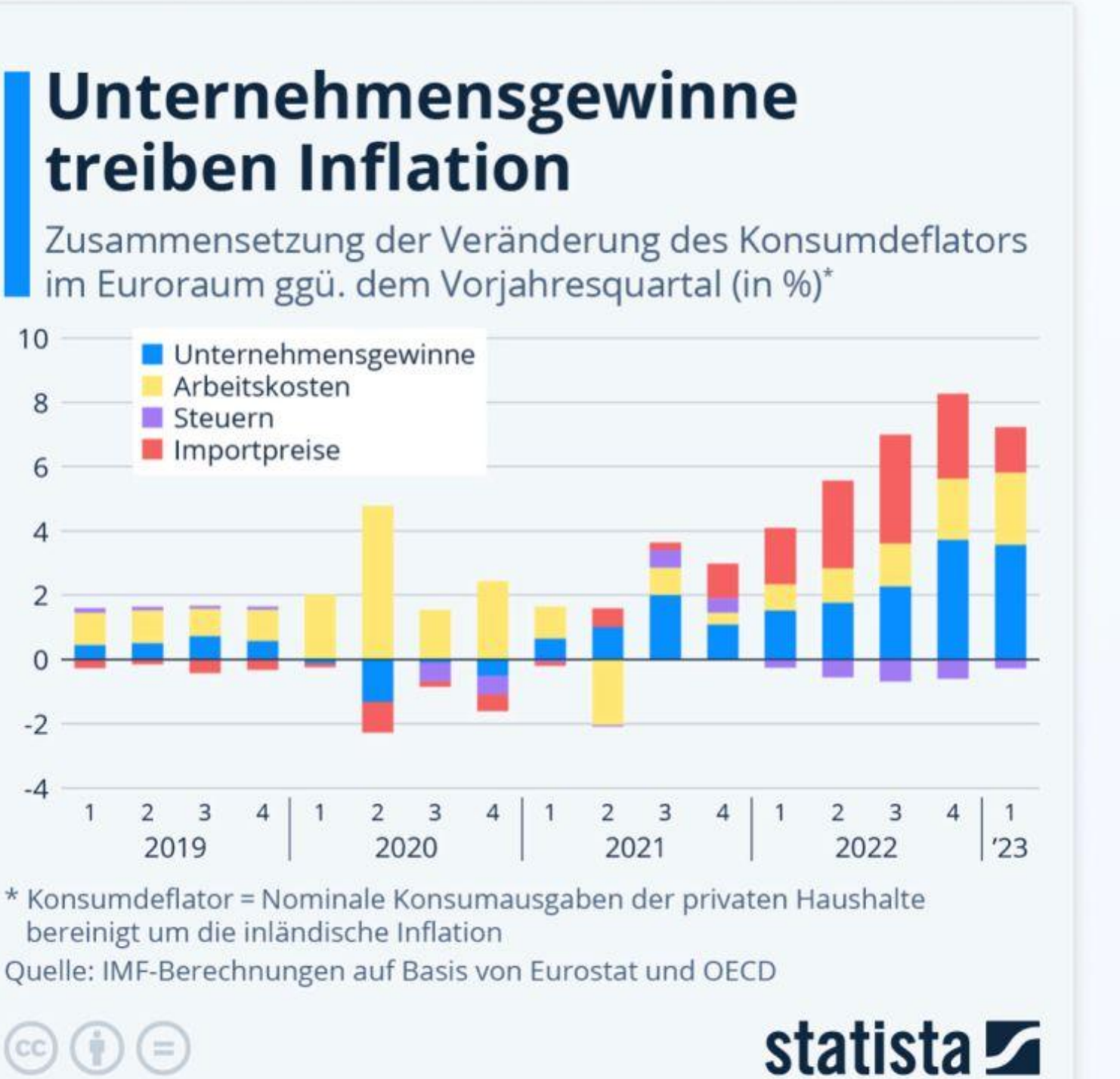
5. Monetär erklärte Inflation: Immer Inflation, wenn Geldmenge zu hoch und zu billig ist (Monetarismus).
Übernachfrage, die monetär zugelassen wird.
Vorherrschende Begründung für die seit Juli 2022 eingeleitete Zinswende durch die EZB

Einzelne Triebkräfte der Inflation aus den vier Ursachengruppen treten oftmals gleichzeitig auf!

Der Internationale Währungsfonds (IMF) belegt:

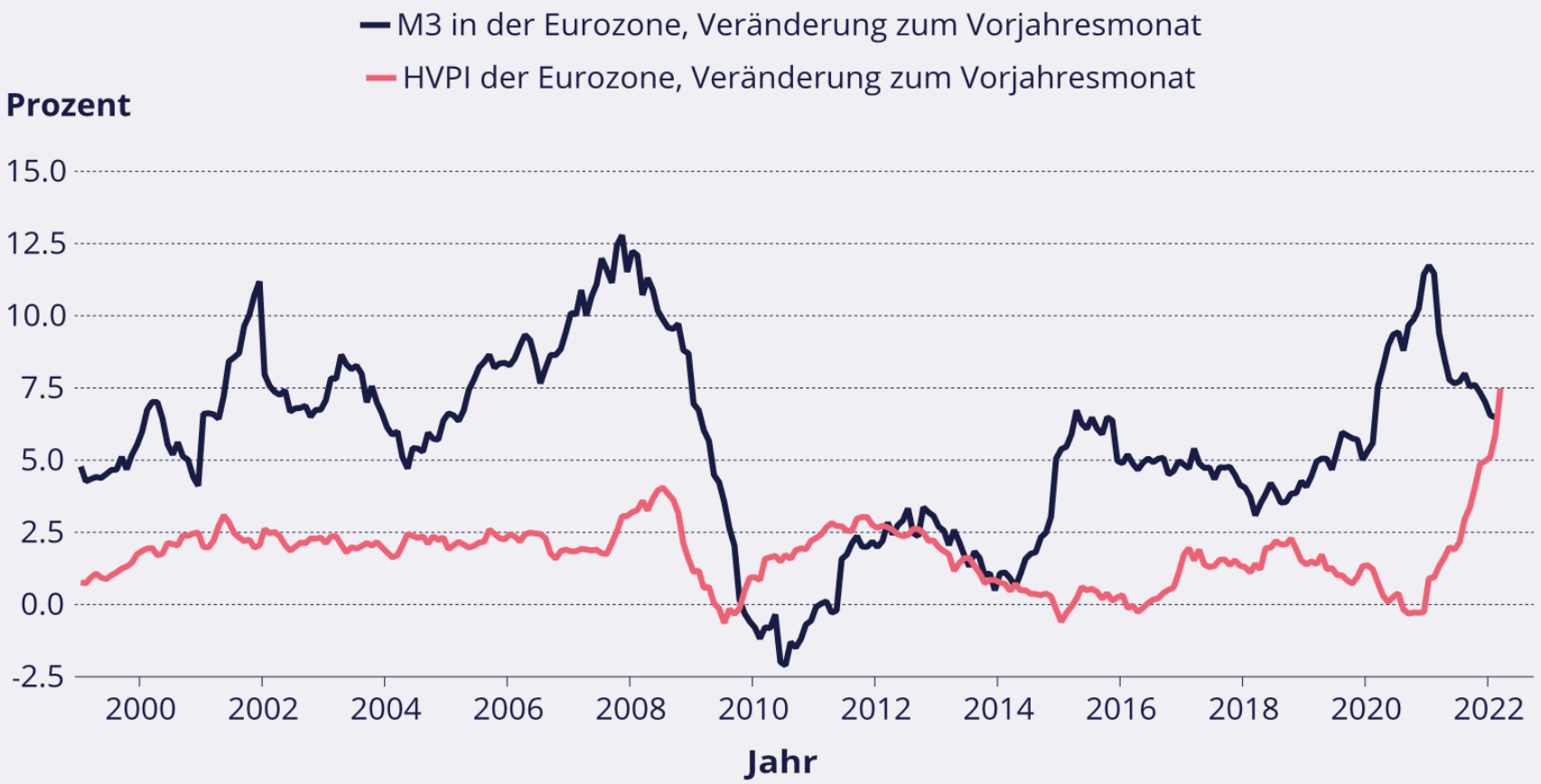
Unternehmensgewinne stärker als Kosten
(Arbeit/Steuern/ Import-preise)

Gewinnaufschläge durchgesetzt vor allem durch marktmächtige Unternehmen (Mitnahmeeffekte)



Geldmengen- und Inflationsentwicklung in der Eurozone

in Prozent, Stand 07.04.2022



Lesebeispiel: Im Jahr 2002 lag die Inflationsrate bei 2,5% und das Geldmengenwachstum (M3) lag bei knapp über 10%.

Quelle: Macrobond, ECB, Eurostat

Dezernat Zukunft
Institut für Makrofinanzen

Geldmenge treibt Inflation: Ein Irrweg

Typische Phase: 2014/15 startet die erfolglose Phase des Ankaufs von Staatsanleihen durch die EZB („Quantitative Easing“) gegen die drohende Deflation. Es folgt der Ankauf von Staatsanleihen von Krisen-staaten zur Eurorettung!

WER IST FÜR DIE INFLATIONSBEKÄMPFUNG ZUSTÄNDIG?
IM EURORAUM DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB)

1. **Besonderheit Staatsfunktion Preisstabilität**: per Verfassung ausgegliedert auf die Notenbank
   * Direkte Kompetenz nicht beim parlamentarischen System (zuständig für Gesetz/Besetzung)
   * Im Eurosystem vergemeinschaftet: Europäische Zentralbank (Start am **1. Juni 1998**):
     Zuständig für Sicherung der Währung/Geldsystem mit dem Ziel Preisniveaustabilität.
     Geregelt in den Europäischen Verträge: **Das vorrangige Ziel der EZB besteht gemäß Artikel 127 Absatz 1 AEUV in der Wahrung der Preisstabilität (ohne quantitative Vorgabe).**

2. **Finanzpolitik der Nationalstaaten** zum Ziel Preisstabilität verpflichtet, allerdings eingebettet in weitere wirtschaftspolitische Ziele
   „Magisches Viereck“: angemessenes Wirtschaftswachstum, hoher Beschäftigtenstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, Preisniveaustabilität; heute dazu: Klimaneutralität!
   Zielkonflikt: Inflation ⟷ Beschäftigung?
   Beispiele für Kompatibilitätskonflikte: Die Phillips-Kurve
   * **Helmut Schmidt: „***Mir scheint, dass das Deutsche Volk – zugespitzt – 5% Preisanstieg eher vertragen kann, als 5% Arbeitslosigkeit*“ Juli 1972 vor Bergleuten in Dortmund
   * **Konflikt USA: Trump versus US-Fed (Jerome Powells; Kevin Warsh)**
   * **In den vergangenen Jahren in Deutschland: Expansive Finanzpolitik stößt auf restriktive Geldpolitik.**

Europäische Zentralbank (EZB) für das Europäisches Währungssystem (EWS)

Mitgliedsländer im Euroraum: 21
*1999 zum Start 11 Staaten
* Danach eingetreten 10 Staaten (zuletzt 2026 Bulgarien)

EU-Staaten, die bisher noch nicht beigetreten:
verpflichtet zum Beitritt sobald Konvergenzkriterien erfüllt.
Ausnahme Dänemark (Opt-out-Klausel)

Montenegro: Seit 2002 (unilateral) Euro eingeführt / keine Mitspracherecht im EWS / prägt keine eigenen Münzen /Noten und Münzen aus anderen Ländern
EU-Mitgliedschaft:
* derzeit 27 Staaten (GB von 1973-2020)
* offizielle potenzielle Kandidaten (etwa Türkei / Ukraine)

Antwort auf die Finanzmarkt-Bankenkrise 2008/2009

EZB überprüft „Significant Institutions“ (SIs) per regelmäßiger Stresstests:
Zum 1. Juli 2026: 110 Banken, die 85% der Bilanzsumme erfassen.
Andere, kleinere Banken werden durch nationale Aufsicht überwacht

Europäische Bankenunion

Europäische Bankenunion – Die drei Pfeiler

Bankaufsicht (SSM –Single Supervisory Mechanism)

- Die Europäische Zentralbank (EZB) übernimmt die Aufsicht über rund 130 systemrelevante Banken in Europa, die zusammen über 80 % der gesamten Bankaktiva im Euroraum repräsentieren

Abwicklungsmechanismus (SRM – Single Resolution Mechanism)

- Der Abwicklungs-mechanismus gilt für alle Banken der Eurozone und umfasst neben einer Abwicklungsbehörde auch einen zugehörigen Abwicklungsfonds. Dieser wird aus Einlagen der Banken gespeist

Einlagensicherung (DGS – Deposit Guarantee Schemes)

- Einlagen bis 100.000 € sind geschützt
- Binnen 7 Arbeitstagen sollen die gesamten Einlagen ausbezahlt werden können
- Notfallauszahlungen in 5 Arbeitstagen bzw. zur Deckung der Lebenshaltungskosten

•**EBA (European Banking Authority / Europäische Bankenaufsichtsbehörde):** Reguliert und beaufsichtigt den Bankensektor in der EU mit dem Ziel, Stabilität und Integrität im Bankwesen zu wahren.
•**ESMA (European Securities and Markets Authority / Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde):** Schützt Anleger und sorgt für stabile, ordnungsgemäße Finanzmärkte sowie den Handel mit Wertpapieren.
•**EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority / Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung):** Überwacht den Versicherungsmarkt sowie die betriebliche Altersversorgung in der EU.

FANINGER CONSULTING GMBH

Zielgröße der EZB zur Bekämpfung der Inflation bei 2% durch die Europäische Zentralbank?

EZB kommuniziert seit 1998 die Zielgröße 2% (HVPI)

Hinweis auf kompliziert abzuleitenden „neutralen Zinssatz“ 2-3%: weder Wirtschaft stimulierend noch belastend.

Gibt keinen theoretisch eindeutigen Nachweis für die 2% (auch gültig bei der vormals für die DMark zuständigen Deutschen Bundesbank). Warum nicht 0% oder 3%?

1. **Seit Juli 2021 symmetrisch: Geldpolitik will nicht nur Inflation, sondern auch Deflation vermeiden**
   Sicherheitsmarge gegen Deflation (sinkende Preise auf breiter Front, Zurückstellung von Käufen, sinkende Gewinne, Rezession).

2. **Die 2 Prozent sichern die Betriebstemperatur; sie schaffen monetären Spielraum für reales, leistungsfundiertes Wirtschaftswachstum; bei Nullziel positive Dynamik nicht wirksam. Oftmals Zielinflationsrate mit 2% als Schmiermittel des Wirtschaftswachstums bezeichnet.**

3. **Bei der Messung des Preisindexes werden Qualitätsverbesserungen / Leistungssteigerungen nicht erfasst. Die angemessene Inflationsrate könnte höher ausfallen. Die „hedonische“ Bewertungsmethode unterscheidet ein Objekt nach seinen intrinsischen (inneren) und extrinsischen (äußeren) Werten.**

GELDWERTT: 1/P (Kaufkraft)

DER EURO: EINE IM TREND STABILE WÄHRUNG (Binnenwert)

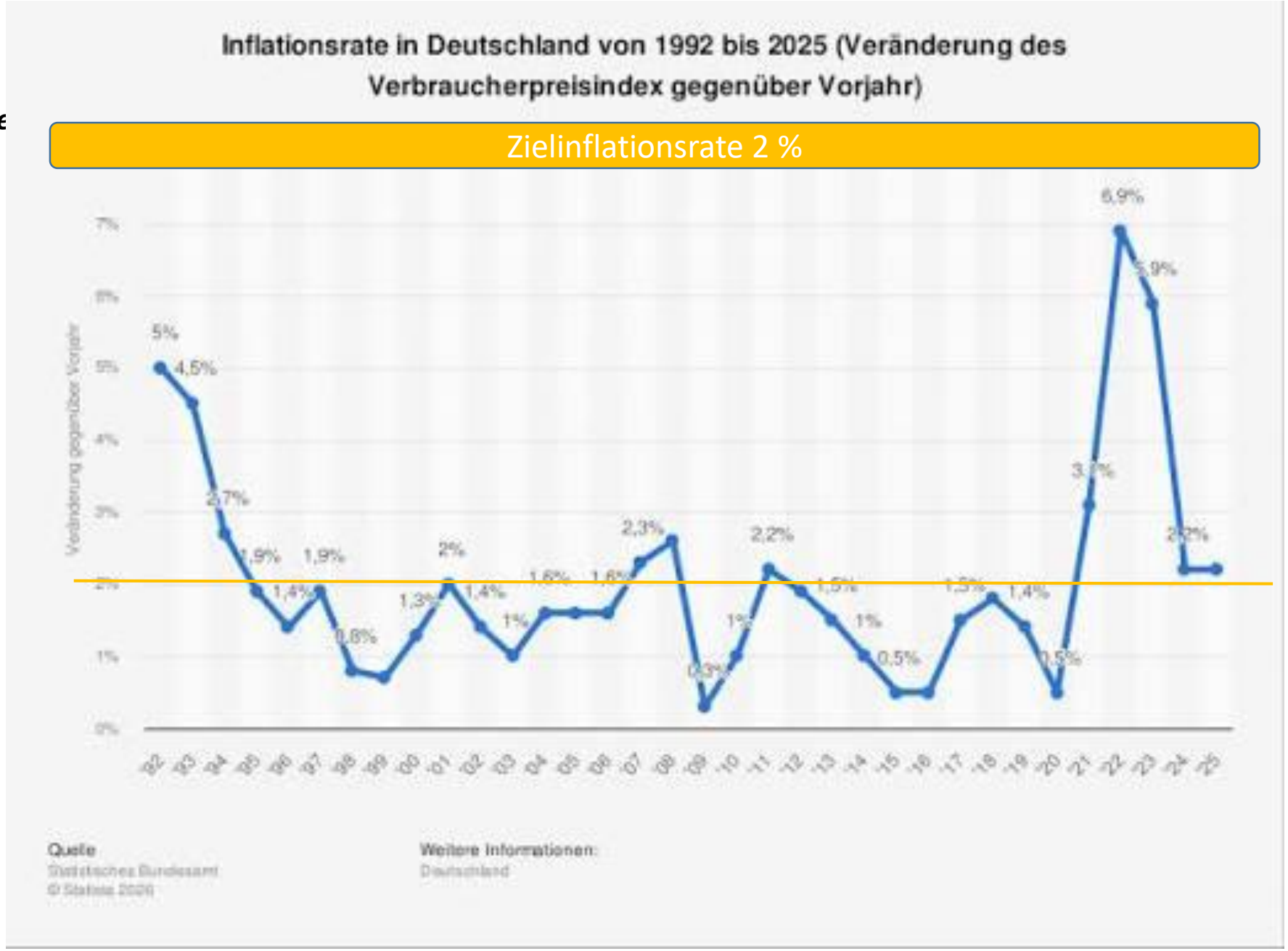
Ausschlägen nach oben gegenüber der Zielinflationsrate von 2% durch ***exogene Faktoren*** (Energiekrise 2022/23 infolge des Ukrainekrieges / 2026 durch Irankrieg) bestimmt!

Vorteile der Eurowährung:

* Großer Währungsraum (450 Mio. Menschen)
* Erleichtert Mobilität
* Senkt Transaktionskosten-stärkt Export (55% aus Deutschland in EU-Raum)
* Verhindert Wechselkursrisiken (Spekulationen)

Erinnerung an die Gründung:

* 1. Juni 1998: Start der EZB (Vorläufer EWI)
* 1. Januar 1999: Mitgliedsländer nach Konvergenzbericht stehen fest 11 Länder + Griechenland 2001
* 1. Januar 1999: Einführung EUR0 zuerst nur als Buchgeld
* **1. Januar 2002: Start physischer EURO mit Banknoten+Münzen**



DIE NOTENBANK ZUSTÄNDIG FÜR DIE GELDVERSORGUNG

* **Ziel ist Inflation zu vermeiden**!
* Dazu wird die **Geldmenge (M3)** gesteuert vor allem über die Leitzinssätze (siehe Grafik)

1**. Geldfunktionen**: Tausch- und Zahlungsmittel / Recheneinheit / Vermögenswert (Wertaufbewahrungsmittel)

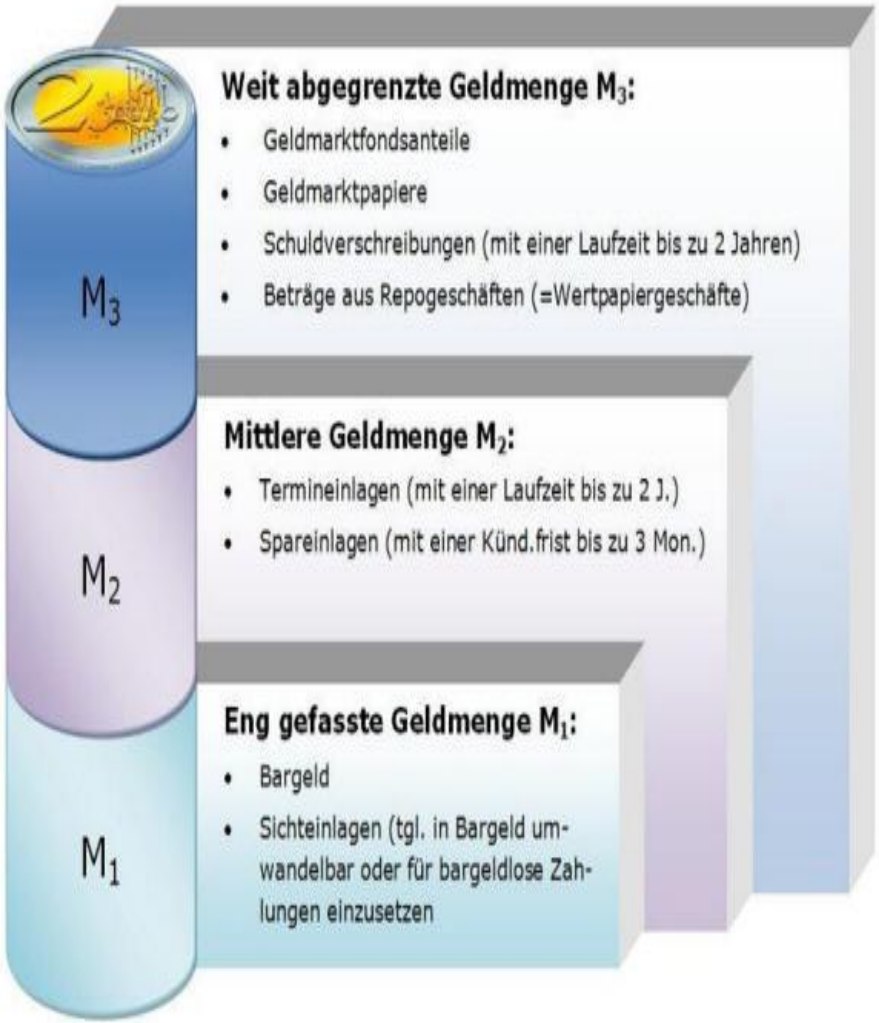
2. **Was ist Geld**: Liquidität
   Geld ist Vermögenswert wegen des Nutzens (benefit) **sofortiger Zahlungsfähigkeit.**

2. Was ist der **Preis des Geldes**: Zinssätze zur Leihe und Besorgung von Geld

3. Grad der Liquidität entscheidet über Geldmengen: eng gefasst **Bargeld (Münzen+Noten) + Sichteinlagen (M 1)** sowie M2 und M3 (siehe Grafik).

4. Notenbank nutzt die rentierliche Geschäftspolitik der **Privatbanken als „Erfüllungsgehilfen**“ ihrer Steuerung des Preises /und der Menge des Geldes.

5. **Beispiel: Geldpolitische Steuerung gegen Inflation**: Geld wird verteuert über Leitzinsen (siehe nachfolgende Grafik)



Hoheitlich definierte Geldarten (nach Liquiditätsgrad)

1. Bargeld: Monopol bei Zentralbanken; jederzeit verfügbar (keine technischen Geräte, kein Strom und kein Internet benötigt.)

2. Sichteinlagen: sind Bankguthaben, über die der Kunde jederzeit („auf Sicht“) ohne Kündigungsfrist verfügen kann.

3.demnächst Digital-Euro (nachfolgend definiert)

Geldmengenaggregate

M 1 Bargeld + Sichteinlagen
M 2: M 1 +Temin+ und Spareinlagen
M 3: M 2 + Geldvermögen mit hohem Liquiditätsgrad

Geldpolitische Steuerungsgröße: M 3

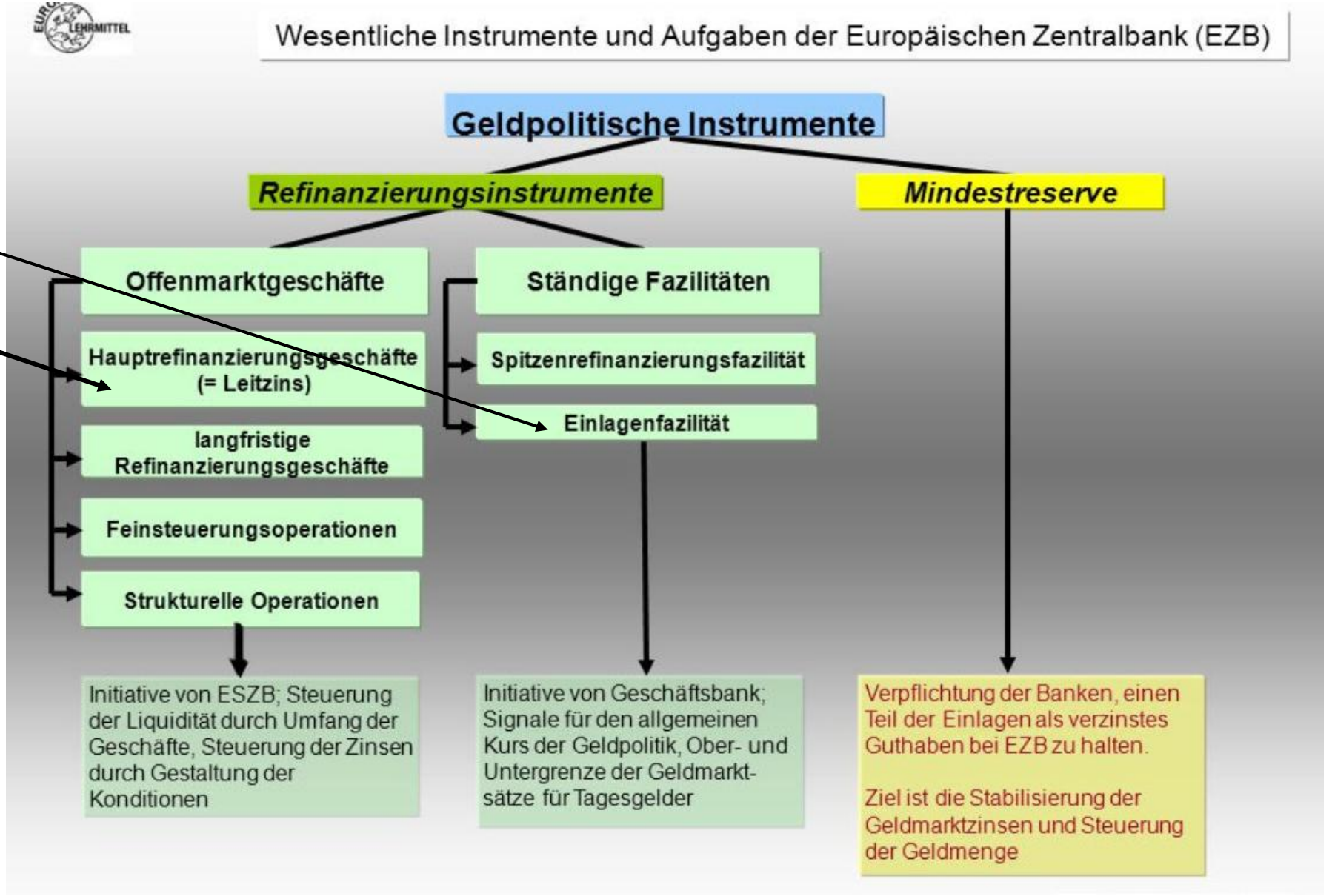
$$W_{M3} = W_{\text{preisbreinigiges Wachstum}} + W_{\text{Umlaufgeschwindigkeit des Geldes}} + \text{Zielinflationsrate}$$

Heute Leitzins: Einlagen-Fazilität; derzeit 2,5%

HRF: derzeit 2,4%
Hauptrefinanzierungssatz: Geschäftsbanken erhalten Liquidität von der EZB gegen Wertpapiere für eine festgelegte Zeit (ab einer Woche) in Pension (Pensionsgeschäfte)

Mindestreserve: derzeit 1%
(Banken müssen 1 % bestimmter kurzfristiger Verbindlichkeiten – vor allem Kundeneinlagen und Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren – als Guthaben bei ihrer nationalen Zentralbank hinterlegen

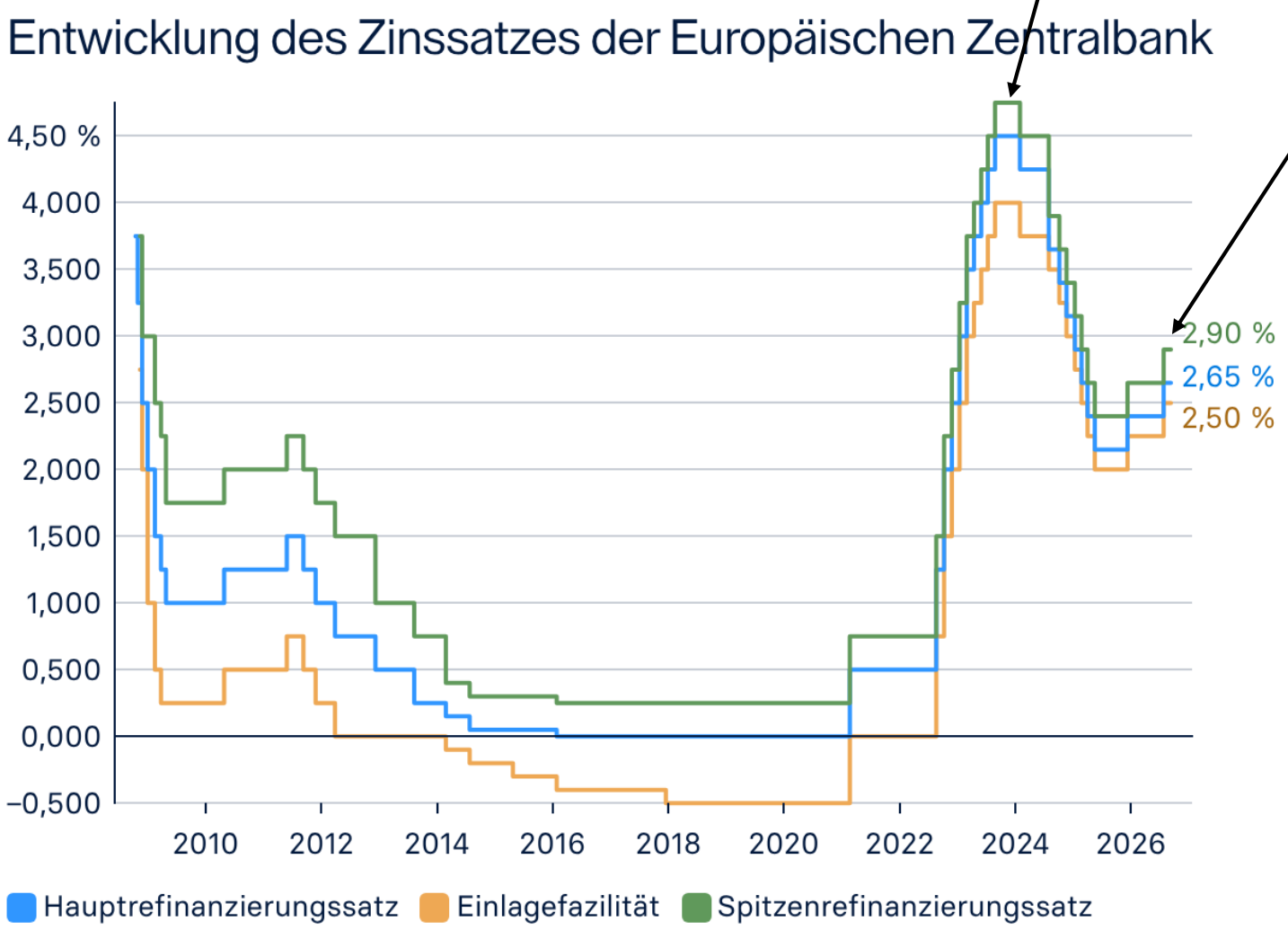
Schwerpunkt: Quantitative Easing (Aufkauf von Wertpapieren vor allem bei den Banken) etwa APP: Asset Purchase Programme /
PEEP: Pandemic Emergency Purchase Programme.



Zinspolitik gegen importierte Inflation

Krieg gegen Ukraine-Energiekrise

USA/Iran-Energiekrise



Quelle: Europäische Zentralbank

raisin

Aktuelles Ziel: Inflationsbekämpfung (Ziel 2%) – Gewollte Wirkungen der Geldpolitik

Makroökonomisches Ziel: Gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch restriktive Geldpolitik reduzieren:

Ausgangspunkt: :

* Bank erhält bei höherem **Leitzins für Einlage** bei der EZB höhere Zinsen: Daher wird Einlage einer Kreditvergabe vorgezogen ➡ Rückgang der kreditfinanzierten Investitionen der Unternehmen!

* Beispiel: steigender **Hauptrefinanzierungssatz** für die Ausleihe von Geld gegen Pfand in Form von Wertpapieren (Pensionsgeschäfte) lässt die Kosten für die Refinanzierung der Banken im Rahmen der Kreditvergabe steigen.

Folgen der Leitzinssteigerung für die Gesamtwirtschaft

1. Steigender **Kreditzins**: Kreditkosten für Unternehmen, private Haushalte und Staat steigen. Hervorzuheben **Hypothekarzins**: Finanzierung von Immobilien wird steigen.

   Wie dargestellt, kreditfinanzierte Ausgaben gehen zurück und reduzieren die gesamtwirtschaftliche Nachfrage

2. Bank erhält wegen höherer Kreditzinsen Spielraum für steigende **Guthabenzinsen zum Sparen** der privaten Haushalte: Sparen statt Konsum!

Banken profitieren von der Erhöhung der Leitzinsen im Einsatz gegen Inflation

Basis

Zinsspanne: Zinseinnahmen aus erhöhten Kreditzinsen – Zinsausgaben für gestiegene Zinsen auf Einlagen (Tages- und Termingeld)

Längerfristige Beobachtung bei Erhöhung der Leitzinsen zur Inflationsbekämpfung

+ Zinsen für **Kreditvergabe** steigen unverzüglich

+ Zinsen für **Einlagen** (Festgeld / Tagesgeld) bei Sparerinnen und Sparer steigen sehr zögerlich und geringfügig

Daraus folgt:

Hohe Zinsspanne der Banken;
Derzeit wichtige Quelle der Ergebnisverbesserung.

	TAGESGELD	FESTGELD SECHS MONATE	FESTGELD ZWÖLF MONATE
BB	3,33 % für Neukunden und Neugeld von Bestandskunden für vier Monate	2 % für Neugeld von einer anderen Bank	3 % für Neugeld von einer anderen Bank
	3,5 % (Online-Konto), 3,75% für Mitglieder	VR-Kündigungsgeld: 1,6 % bis 60 Tagen Anlagezeit	VR-Kündigungsgeld: 1,9 % bis 396 Tagen Anlagezeit
	3 % in den ersten 6 Monaten für neu übertragenes Geld bis zu 500.000 € für Neu- und Bestandskunden. Für Bestandsgeld und nach 6 Monaten: 0,75 %	-	2,75%, Mindesteinlage 1000 €, Höchsteinlage 5 Millionen Euro
	0,5 %	2,4 %	3 % für Neueinlagen, Mindesteinlage 2500 €, für bestehende Guthaben 2,4 %
OLB	2,8 % für neues Geld für 6 Monate, sonst 1 %, Bedingungen	1,95 %, Mindestsumme 5000 €, bei Onlineabschluss zusätzlich 0,15 %	2,62 %, Mindesteinlage 5000 €, bei Onlineabschluss zusätzlich 0,15 %
	0,75% bis 19.10.26 gab es 3,2% für 6 Monate für mindestens 2500€, regelmäßige Aktionen	2,4 % Mindesteinlage 2500 €	2,8 % für Neueinlagen, ansonsten 2,4 %, Mindesteinlage 2500 €
Pfd Bank	0 %	2,4 %, Mindesteinlage 2500 €	2,75 %, Mindesteinlage 2500 €
	3,25 % für erstes Tagesgeldkonto für die ersten 4 Monate für Guthaben bis zu einer Million Euro, danach 0,6 %	2,1 %, Mindesteinlage 2500 €	2,5 %, Mindesteinlage 2500 €
S	jetzt 0,75 %	2 %, Mindesteinlage 500 €	3,33 % für jede Neugeldanlage ab 500 €, sonst 3 %
	0,25 %	-	2,2 %, Mindesteinlage 10.000 €
	ONLINE-BANKEN		
DKB	4% für Neugeld bis 100.000 €, überwiesen bis zum 20.10.2026	2,2%, Mindesteinlage 2500 €	2,7 %, Mindesteinlage 2500 €
ING	3,75 % für Neukunden für 4 Monate für Einlagen bis zu 250.000 €, danach 0,75%, Bestandskunden 0,75 %	2,5 %, Mindesteinlage 5000 €, 2,6 % ab 100.000 €, 2,7 % ab 250.000 €	2,9 % ab 100.000 €, 3 % ab 250.000 €

Bei diesem Vergleich tauchen nur Geldinstitute auf, bei denen die deutsche Einlagensicherung greift. Hier sind Einlagen bis zu einer Höhe von 100.000 € sicher.

*BREMISCHE VOLKSBANK WESER-WÜMME STAND: 19. OKTOBER 2026 / QUELLEN: INTERNETSEITEN DER GELDINSTITUTE © WESER-KURIER • GRAFIK

Quelle: Weser-Kurier vom 20- . 10. 2026

Vorläufige Bewertung der EZB-Geldpolitik: EZB zwischen Macht und Ohnmacht

Achtung Geldpolitik für den Euroraum, nicht auf die Wirtschaftsentwicklung gezielt!

Geldpolitisches Dilemma zwischen Geldwertstabilität und monetäre Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung

Alte Story von der Zielinkompatibilität: Helmut Schmidt (Juli 1972 Bundeswirtschaftsminister):

„Mir sind 5 % Inflation lieber als 5 % Arbeitslosigkeit."

Bei der Geldpolitik Zinssatz setzen, der Inflation reduziert, aber die Wirtschaft nicht belastet.

1. EZB steht seit der ersten Energiekrise ab 2022 unter dem Erwartungsdruck, die Inflation zu bekämpfen.

2. Geldpolitik kann jedoch Inflationstreiber Energiepreise mit ihren Folgen nicht bändigen. Wenn sie das tut, dann wird der monetäre Rahmen auch des ökologischen Umbaus belastet.

3. Seit der Zinswende im Sommer 26 geht die EZB bei der Inflationsbekämpfung das Risiko von makroökonomischen Kollateralschäden ein – etwa wirtschaftliche Wachstumsschwächung.

4. Geldpolitik sollte die expansive Finanzpolitik (etwa Sondervermögen 500 Mrd. €) nicht konterkarieren.

5. Die EZB sollte ihre Ansätze zu einer „grünen Geldpolitik" ausbauen.

Wo die Geldpolitik versagt: Inflationstreiber Energiepreise
Importierte Angebotsinflation (exogen verursacht)

Primärursache nicht bekämpfbar durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank!

Sofortmaßnahmen zur Abfederung der Belastung durch steigende Energiepreise
Bisher:

* Einmalige Inflationsausgleichsprämie (IAP): steuer- und sozialabgabenfreie Sonderzahlung von bis zu 3.000 Euro, die Arbeitgeber vom 26. Oktober 2022 bis zum 31. Dezember 2024 freiwillig zusätzlich zahlen konnten. (2026 geplante steuerfreie Entlastungsprämie mit 1 000€ vom Bundesrat abgelehnt).

*Trankrabatt: Juni-August 2022: 3,4 Mrd. / Mai – Juni 2026: 1,6 Mrd. € / Oktober – Dezember 2026: 2,8 Mrd. €
Fiskalisch Steuerverluste, sozial ungerecht, ökologisch kontraproduktiv

Künftig: Alternativen zum Tankrabatt:

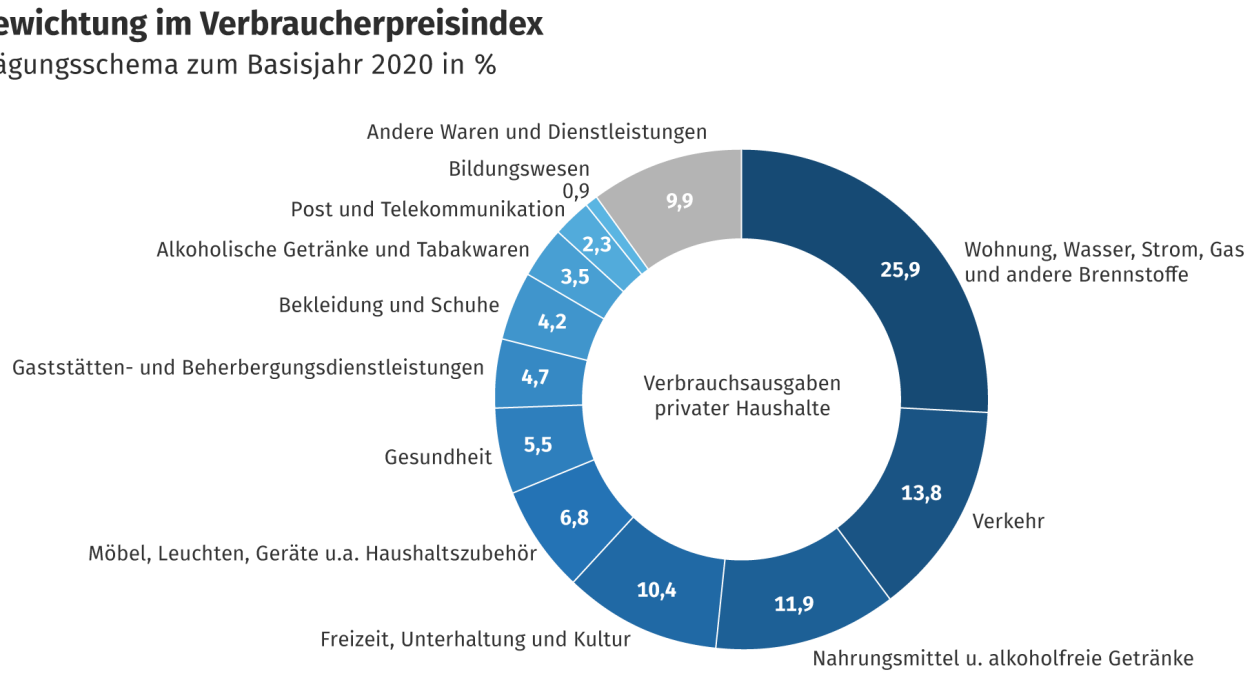
* Preisstopps
* Abschöpfung von Übergewinnen bei den Energiekonzernen
* Strompreissenkung auf breiter Front (Entlastung Industrie und private Haushalte auf längere Sicht)
  Orientierung: Mindeststromprei im Durchschnitt der EU

Ziel: Raus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern (Öl + Gas):
Ökonomische Krisenanfälligkeit durch geostrategische-kriegsbestimmte Preise überwinden +
Stärkung der Klimaneutralität durch ökologischen Nachhaltigkeit

Einbettung der Finanzpolitik bei der Geldwertstabilisierung

Beitrag zur Herstellung: Bezahlbarkeit essentieller Güter und Dienstleistungen: Wohnen / Energie / Mobilität / Nahrung

- **Einkommensschwache/ Armut**: Überproportionale Belastung (vor allem Energiepreise
- **Finanzpolitische Antwort**: Sozialausgleich
  Bespiel: **Aktuelle Ölpreisexpansion**
  Doppelstrategie:
  Übergewinnsteuer: Abschöpfung der Extra-profite bei den vertikal integrierten Ölkonzernen
  + Sozial gezielte Ausgleichszahlungen per Zulagen bei Sozialeinkommen + befristete Lohnsteuersenkung / besonders Pendler



Beispiel: Ökologisch gewollte Preise (CO_2-Abgabe; weitergewälzt Preis für Umweltzertifikate)

* Einkommensschwache / Armut: Besonders starke Last auch durch Überwälzung etwa an Mieter
* Finanzpolitische Antwort: **Klimageld** (derzeit Tabuthema der Bundesregierung; Modelle liegen vor)

Zum Abschluss: Was tun unter dem Regime nachhaltiger Inflationsrisiken?

Internationale Ebene: Zurück zu einer regelgebundenen Weltwirtschaftsordnung (Abbau protektionistischer Maßnahmen; im Übergang nationaler bzw. EU-Schutz (Stahlindustrie)

Geld- und Währungspolitik durch EZB: monetären Spielraum vor allem für ökologisch Transformation sichern. Bei Vermeidung von Inflation / steigender Inflationserwartungen

Finanzpolitik (eingebunden in die EU):

- Stärkung der materiellen und immateriellen Infrastruktur mit **Sonderprogrammen** (etwa kreditfinanziertes 500 Mrd. € -Programm für „SV Infrastruktur und Klimawandel“)
- Begleitende Finanzierung des **ökologischen Umbaus der Wirtschaft** zum CO2-Abbau (Stahlindustrie)
- **Einbettung in die Strategie: Bezahlbarkeit essenzieller Güter und Dienstleistungen per temporärem Inflationsausgleich**
- Zum **sozialen Ausgleich der Folgen der ökologischen Transformation**: Klimageld

Lohnpolitik: Netto-Reallohnsicherung (auch durch Abbau „kalter Progression“ bei der Besteuerung)

Wettbewerbspolitik: Abbau monopolistischer Preissetzungsmacht (etwa HighTech-Konzerne in den USA) + Stärkung Verbraucherschutz

Erinnerung: Sofortmaßnahmen zu steigenden Energiepreisen mit dem Ziel **(siehe Grafik: Wo die Geldpolitik versagt):**
Raus aus der ökonomisch riskanten und ökologisch schädlichen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern (Öl + Gas)